

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eintragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in
Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV.
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltzeilte Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einblendung auf Postcheck-Konto Leipzig 56383. Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abchluss: Montag vormittags 10 Uhr

Nr. 42

Sonnabend, den 20. Oktober 1928

32. Jahrgang

12 Jahre gebüffelt / Ein Erinnerungstag



Am 21. Oktober 1918 jährt sich zum fünfzigsten Male die Veröffentlichung des vom damaligen Reichskanzler Bismarck inspirierten Sozialistengesetzes, das am 19. Oktober 1878 vom Reichstag beschlossen wurde und am 28. Oktober 1878 in Kraft trat. Mit diesem Ausnahmegesetz wurden in Deutschland die sozialistisch denkenden und fühlenden Volksgenossen 12 Jahre lang gebüffelt, geknechtet, drangsaliert und schikaniert, und namenloses Elend wurde über tausende von Familien gebracht durch brutale rücksichtslose Ausweisungsmassnahmen und Existenzvernichtungen. In jener Zeit war in den Gehirnen der Polizei, der Richter, Staatsanwälte und anderen, Gewerkschafter und Sozialist ein und dasselbe; darum haben auch beide als Personen, einzeln und in Masse, samt ihren Organisationen die Schwere des Ausnahmegesetzes zu fühlen bekommen. Das Gesetz konzentrierte sich hauptsächlich in der Polizeireferat und beim Staatsanwalt; das war ja auch der fanatische Wille des Gesetzgebers. Die Staatsbetriebe selbstverständlich und schändlicherweise ein großer Teil der Privatbetriebe packten sich dem beabsichtigten Zweck des Ausnahmegesetzes an und überall hieß es: hinaus mit den Sozialdemokraten aus allen Werkstätten und Geschäften!

Das Ausnahmegesetz hatte, rein äußerlich gesehen, natürlich eine direkte Veranlassung. Dem preussischen Ministerpräsidenten und deutschen Reichskanzler Bismarck, wie überhaupt den regierenden Kreisen mit den Hohenzollern an der Spitze, war die politisch und wirtschaftlich aufstrebende Arbeiterbewegung schon längst ängstlich und unbequem geworden. Trotz aller Verfolgungen in der Zeit vor Erlass des Ausnahmegesetzes, mit Hilfe der Polizei, des Staatsanwaltes, der Gerichte und der Vereinsgesetze, hauptsächlich in Preußen, erlitt die Bewegung, wuchs die Stimmenganz für die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen. Alle reaktionären Kreise, einschließlich der leitenden Regierungsmänner, erwogen deshalb schon längst ein Ausnahmegesetz, um nach ihrer Meinung die sozialistische Arbeiterbewegung zu vernichten oder doch wenigstens abzustopfen. Dieser Absicht kamen den maßgebenden regierenden Kreisen zwei Attentate sehr gelegen. Das erste am 11. Mai 1878 in Berlin. Dort hatte „Unter den Eichen“ der Klemmergeselle Max Hädel-Lehmann in der Nähe des kaiserlichen Wagens einen Schuß abgefeuert, ohne jedoch jemand zu verletzen. Dies „Attentat“ wurde natürlich der Sozialdemokratie aufs Konto geschrieben, obgleich nachweisbar der Klemmer weder gewerkschaftlich noch politisch der Sozialdemokratie irgendwie nahestand. Das nun schleunigst eingebrachte Ausnahmegesetz wegen diesem Fall lehnte jedoch der Reichstag am 23./24. Mai 1878 ab.

Am 2. Juni 1878 erfolgte ein zweites Attentat, und zwar von einem wirtschaftlich sehr verkommenen Menschen — Dr. Robiling —, wodurch der damalige Kaiser Wilhelm I. schwer verwundet wurde. Auch dieser Attentäter hatte durchaus keine Beziehungen zur politischen und wirtschaftlichen Arbeiterbewegung, dennoch setzte nunmehr eine außerordentliche Heße ein — national und international —, von Bismarck inszeniert, gegen die Sozialdemokraten. Im September 1878 begannen dann erneut Verhandlungen im Reichstage über ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie. Im Reichstag fand sich jetzt eine gefügige Mehrheit, denn mit 221 gegen 149 Stimmen wurde das Gesetz beschlossen, das dann am 21. Oktober 1878 zur öffentlichen Kenntnis kam und mit dem 28. Oktober in Kraft trat.

Die Folge davon war, daß innerhalb eines Jahres (1879) 217 Vereine, 5 Klassen, 127 periodische und 278 nicht periodische Zeitschriften erlitten waren. Unter den Vereinen waren 26 Zentralverbände, 5 Lokalvereine mit insgesamt circa 50 000 Gewerkschaftsmitgliedern, die durch das Ausnahmegesetz von der Bildfläche verschwanden oder wenigstens äußerlich ihre Tätigkeit einstellen mußten. Die politischen Organisationen hatten sich kurz vor Inkrafttreten des Gesetzes durch eigenen Willen selbst aufgelöst. Dagegen konnten die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, die im Jahre 1868 gegen die Gewerkschaften mit sozialistischer Tendenz gegründet wurden, weiter bestehen, sie waren nach ihrer eigenen Begründung „staatsfrei“ und waren der Auffassung, daß zwischen Kapital und Arbeit kein Gegensatz bestehe. Auch mußte die dem Gewerbeverein Beitretenden in einem Revers unterzeichnet, feierlich jede Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie abzuschwören. Die christlichen Gewerkschaften waren damals noch nicht Mode. Diese neue Zersplitterung kam erst Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Mit außerordentlicher Schärfe wurden die Bestimmungen des Ausnahmegesetzes gehandhabt. Trotzdem hat die Arbeiterbewegung der Polizei manches Schnippen geschlagen und Bravourstücke von ihrer Heberzeugung geliefert, aber dennoch: schwer und groß waren die Opfer, die von den Betroffenen gebracht wurden, aber sie wurden nicht vergeblich gebracht. Denn größer und stärker als die Bewegung beim Inkrafttreten des Gesetzes war, ging sie aus dieser Bitterzeit hervor. Das gilt nicht nur für die politische Partei, sondern auch von den Gewerkschaften. Im Jahre 1890, am 30. September, lief das Gesetz ab, das war die Auswirkung des Reichstagswahlergebnisses vom 20. Februar 1890. Am 18. März desselben Jahres war bereits der Gesetzesurheber Reichskanzler Bismarck vom Kaiser — erlassen worden.

Nach einer Denkschrift, die allerdings schon im Herbst 1888 aufgestellt wurde, waren auf Grund des Ausnahmegesetzes 893 Ausweisungen, 1299 Druckschriftenverbote und 352 Vereinsverbote erfolgt und die verhängten Gefängnisstrafen beliefen sich insgesamt auf 1000 Jahre. Trotz alledem stieg die Stimmenganz für die Sozialdemokratie von 437 158 im Jahre 1878 auf 1 427 298 im Jahre 1890; die Zahl der sozialdemokratischen Zeitungen von 42 auf 60. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder hatte sich sogar verdreifacht; denn nach dem Falle des Gesetzes bestanden 53 Zentralverbände mit 227 733 Mitgliedern, 5 Vertrauensmännerorganisationen mit 73 467 Mitgliedern und daneben waren noch 50 000 Mitglieder in Lokalvereinen.

Nun schien die Bahn frei zum Aufstieg, zur Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung. Gewiß, das Gesetz war gefallen, aber nunmehr kamen andere Hemmungen, besonders gegen die Gewerkschaften. Diese Hemmungen wurzelten vor allem in der Ver-

einsgesetzgebung, im Scharfmachertum, in der Gründung von reinen Kampforganisationen der Arbeitgeber gegen die organisierten Arbeiter, schwarze Listen gegen aufrechte Arbeiter, Arbeiternachweisbureau — wirkliche Maßregelungsbureau — der Arbeitgeber, die Hemmungen wurzelten ferner unter anderen noch in dem außerordentlichen Schutz von Streikbrechern. Polizei und Gerichte waren leider in allem nur zu willige Helfer. Dann kam in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre der Zuchthauskurs, von dem früheren Hohenzollern, der jetzt in Holland hin und wieder Holz hackt, angeführt. Er redete bekanntlich recht gern und sehr viel und drohte jedem mit Zuchthaus zu bestrafen, der andere an freiwillige Arbeit hindere. So kam die Zuchthausvorlage zustande und an den Reichstag, der allerdings nicht mitmachte, denn dabei war, für die Regierung unjählich blamabel, der Vorgang zu verzeichnen, daß sie — die Regierung — 12 000 Mark von den Unternehmerorganisationen angenommen hatte — zur Propagierung der Zuchthausvorlage. Dieses Gesetz sollte sich vor allem gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter richten.

So waren die Verhältnisse früher — das ist noch gar nicht so lange her — in der Bewertung der organisierten Arbeiterschaft. Das hat sogar angeäuert bis zum Kriegausbruch 1914; das war noch Geist aus der Zeit des Sozialistengesetzes, unter dem vor allem die Gewerkschaften in der Befolgung ihrer Aufgaben und Ziele zu leiden hatten, die politische Bewegung wurde davon weniger betroffen.

Es könnten nun aus dieser schmählichen Zeit viele, viele Beispiele angeführt werden, über die oft so lächerliche Bevormundung der Arbeiter in ihren Versammlungen, an denen auf Grund der Vereinsgesetzgebung ein, zwei, mitunter auch drei Vorklappen teilnahmen. Dann gab es eine Zeit, in der die Versammlungsteilnehmer getrennt nach Geschlechtern sitzen mußten. Jugendliche durften überhaupt nicht teilnehmen. Ausländer durften nicht in ihrer Muttersprache reden. Jede Versammlung mußte angemeldet werden, mit Einreichung der Tagesordnung usw. Hinzu kamen die anderen Schikanen durch die Unternehmer. Alles das ist, wie gesagt, noch gar nicht so lange her, stellte aber an den Charakter und an die Organisationstreue jedes einzelnen andere Anforderungen wie heute. Jetzt ist es allerdings anders, ist viel, viel besser geworden. Leider beachten das viele unserer Zeitgenossen nicht. Die Errungenschaften seit 1918 betrachten sie als Selbstverständlichkeiten oder lassen sie überhaupt nicht gelten. Statt sich nun in das Gewordene hineinzufinden und es auch entsprechend auszunutzen, jagen sie anderen Phantomen nach, ohne sich klar darüber zu werden, wie wenige Jahre es erst her ist, wo noch unerreichbares Ziel war, was manchen heute so selbstverständlich, so als gar nichts erscheint.

Blickt man zurück und läßt die Zeit der Verfolgung und der Polizeiwillkür gegen die sozialistisch Gesinnten in Politik und Wirtschaft an sich vorüber ziehen, dann wird es auch begreiflich erscheinen, daß die damals Gedrückten auch heute noch zusammenstehen im alten Kampf- und Kameradschaftsgeist. Zumal ja auch beide dasselbe Ziel haben: Beseitigung der Lohnsklaverei und Verwirklichung des Sozialismus! Aus der Zeit des Sozialistengesetzes hat sich der Aufstieg der Arbeiterbewegung glänzend entwickelt; gestählt, geküht und erprobt im Kampfe. Ihre Organisationen, damals gesetzlich verboten, sind heute gesetzlich anerkannt. In der jetzigen Reichsverfassung sind die Arbeiterrechte unerschütterlich festgelegt und es liegt nur an uns selber, durch Einigkeit und Verständnis diese Rechte mit pulsierendem Leben zu erfüllen. Und wenn nun am 21. Oktober in den einzelnen Orten Feiern veranstaltet werden, um an die schwerste Zeit der aufwärts- und vorwärtsstrebenden sozialistischen Arbeiterschaft Deutschlands zu erinnern, dann möge sich kein Verbandsmitglied, ob jung oder alt, ob Bildhauer, Steinseher, Steinarbeiter oder Hilfsarbeiter, ob Mann oder Weib, von dieser Feier fernhalten.

Wir Gewerkschafter können ohne Ueberhebung stolz auf die Entwicklung sein, wollen es auch; darin liegt zugleich der Schwur: Weiter vorwärts bis zum endgültigen Sieg!

Von der Herbstkonjunktur in der Steinindustrie

Die Berichte über die Wirtschaftslage der Industrie der Steine und Erden lassen erkennen, daß eine saisonmäßige Verschlechterung auf der ganzen Linie eingetreten ist. Verschiedene Umstände wirken hier zusammen. Die Marktlage ist unübersichtlich, weil sich die Großauftragsgeber nicht entschließen können, eine konstante Konjunkturpolitik zu betreiben. Die Aufträge werden auf wenige Monate zusammengedrängt, wodurch die Hochweisen Konjunkturen entstehen. Schließlich ist auch der Geldmarkt nicht unerschuldigt, weil die Kredite zur Ausführung größerer Straßenbauten nicht zu erlangen sind. Es ist möglich, daß die Eisenbahn stärkere Bestellungen vornimmt, nachdem sie durch die Tarifierhöhung mehr Geldmittel zur Verfügung hat. Soweit die westdeutsche Steinindustrie in Frage kommt, wird vom Verband linksrheinischer Industrie- und Handelskammern u. a. folgendes berichtet:

Die Beschäftigung der Basaltindustrie war, besonders in Pflastermaterial, ungenügend. Die Preisverhältnisse für Auslandsware waren auf den meisten Gebieten infolge der belgischen Inflation gedrückt. Die Arbeiterzahl ist stark zurückgegangen, so daß Arbeitsverkürzungen und Entlassungen vorgenommen werden mußten. Die kommende Marktlage ist durchaus unübersichtlich.

Die Betriebe in der Kirner Hartsteinindustrie waren auch in dieser Berichtszeit nicht voll beschäftigt. Während der Absatz in Straßenschotter und Gleisbettungstoffen einigermaßen zufriedenstellend war, ließ die Nachfrage in Pflastersteinen, insbesondere in den hochwertigeren Sorten, sehr zu wünschen übrig, wodurch erhebliche Vorräte auf Lager genommen werden mußten. Wenn auch der starke Rückgang der Auftragsbestände in der letzten Zeit wohl zum Teil in der schon vorgeschrittenen Jahreszeit seine Erklärung findet, liegt er jedoch in der Hauptsache darin begründet, daß die erforderlichen Kredite für die Ausführung größerer Straßenbauten in ausreichender Höhe nicht zur Verfügung stehen oder stark eingeschränkt werden. Hinsichtlich der Preisgestaltung ist darauf hinzuweisen, daß auch jetzt, trotz ständiger Steigerung der Selbstkosten, eine Angleichung der Lieferpreise noch nicht möglich gewesen ist. Mit Betriebsbeschränkungen muß in aller Kürze gerechnet werden. Die von der Deutschen Reichsbahngesellschaft beschlossene Erhöhung der Frachttarife wird gerade für die Stein-

industrie im Nahegebiet die nachteiligsten Folgen haben, weil hierdurch der Absatz weiteren Einschränkungen unterworfen werden wird.

In der Basaltlavaindustrie haben sich die Absatzmöglichkeiten verschlechtert. Die Zahl der Beschäftigten ist zurückgegangen. Einige Gruben wurden stillgelegt. Die Entwicklung der Marktlage wird ungünstig beurteilt. Die Absatzmöglichkeiten in der Tonindustrie waren schlecht. Die Preise waren der Konjunktur entsprechend, infolge des scharfen Wettbewerbs sehr gedrückt. Sie sind für die Ausführung im allgemeinen zu hoch. In einigen Betrieben mußten Entlassungen vorgenommen werden. In der Schieferindustrie war der Absatz nach wie vor wenig gedrückt. Weitere Betriebsbeschränkungen werden sich nicht vermeiden lassen. Einige Betriebe werden sogar stillgelegt und hierdurch etwa 350 Arbeiter entlassen werden. Im letzten Vierteljahr hat sich der Trapezzand etwas lebhafter gestaltet, was zum großen Teil auf die bevorstehende Frachterhöhung zurückzuführen ist.

So ähnlich lauten die Befundungen aus allen Steinbruchsgebieten, in denen Material für den Straßen- und Wegebau gewonnen und verarbeitet wird. Auch in der Werksteingruppe der Hart- und Weichsteinverarbeitung sieht es im allgemeinen betrüblicher aus, wie es in früheren Jahren um diese Jahreszeit gang und gäbe war. Dennoch muß, rückblickend auf die verfloßene Arbeitsperiode des Jahres 1928, festgestellt werden, daß die Natursteinverwendung an Bauten außen und innen eine kleine Besserung zeigte. Ob das für die kommende Bauperiode oder überhaupt anhält, wagen wir allerdings nicht vorauszusagen, obgleich wir im Hinblick auf die Arbeitsmöglichkeiten unserer hierbei in Betracht kommenden Kollegen nichts schmellicher als dieses wünschen. Es scheint auch, als wenn die Baubefehle allmählich wieder zu einer anderen Einschätzung der künstlichen Baustoffe zugunsten der natürlichen Baustoffe (Naturstein) kommen.

Verbands-Beiratsitzung

Am 14. Oktober trat auf Veranlassung des Zentralvorstandes der Verbandsbeirat zusammen. Außer dem gesamten Verbandsvorstand und Verbandsauschuss nahmen sämtliche Gauleiter und der ehrenamtlich tätige Bezirksleiter von Ostpreußen, Kollege Ariur Casper, an der Beiratsitzung teil. Auf der Tagesordnung stand: „Die Lage des Verbandes und seine dringlichsten Aufgaben“. Der Verbandsvorsitzende, Kollege Windler, betonte bei der Eröffnung, daß es sich laut unserem Statut für die Beiratsitzung nur um die Behandlung von eigenen Organisationsfragen und -angelegenheiten handelt. Dann hält der Vorsitzende das einleitende Referat zur Tagesordnung. In großen Zügen wird die Mitgliederbewegung und erfreuliche Zunahme geschildert. Vom zweiten Vierteljahr 1924 bis zum zweiten Vierteljahr 1928 beträgt die Zunahme 56 Prozent. Diese erfreuliche Entwicklung ist, im prozentualen Verhältnis gesehen, im Rahmen des ADGB die einzige. Unsere Werbetätigkeit darf nie erlahmen. Redner hofft, daß zum 50jährigen Verbandsjubiläum die 100 000 erreicht sind. Zumal in der gesamten Steinindustrie, einschließlich des Steinstraßenbaues noch circa 40 000 Unorganisierte vorhanden sind. Windler behandelt dann den unliebsamen Zustand, daß andere Organisationen immer noch Steinarbeiter in ihren Reihen haben. Redner betont hierbei besonders, daß begründete und begrüßenswerte Aussicht besteht, in aller nächster Zeit mit dem Baugewerksbund zu einer Verständigung zu kommen, die ein reibungsloses Zusammenarbeiten garantiert. Diese Mitteilung wird von den Anwesenden mit großer Befriedigung entgegengenommen.

Dann schildert der Vortragende die Mitgliederverteilung im Reichsgebiet und begründet damit, wo sich in nächster Zeit weitere Aufstellungen notwendig machen. Der Angestelltenapparat, sowie die immer vielseitiger werdende Tätigkeit der Angestellten werden eingehend behandelt und verlangt, daß den Angestellten bei dieser Tätigkeit auch alle technischen Fortschritte im Bureau und sonst zur Verfügung stehen müssen.

Das Unterstützungswesen in den Gewerkschaften allgemein und im besonderen für unsern Verband finden Erwähnung und die Phrase „reine Kampforganisation“, die auch in unsern Mitgliederkreisen hin und wieder ertönt, wird von Redner auf ihren „Wert“ zurückgeführt. Den Sitzungsteilnehmern liegt zur Beurteilung dieser und anderer Verbandsfragen vielseitiges statistisches Material vor, auf das der Redner verweist. Dann folgt die Sitzierung der Verbandsfinanzen, der Taktil bei Lohnbewegungen und Streiks, der Beitrags- und Extrasteuerdrückeberger unter den Verbandsmitgliedern. Unser regulären Beiträge müssen so gestaltet werden, daß Extrasteuern künftig nicht mehr notwendig sind. Abschließend geht Kollege Windler auf die vorhandene Unzufriedenheit in Mitgliederkreisen ein über die Kürzung des Verbands-Krankenzuschusses zugunsten der Einführung der Unterstützung für Arbeitslose in Form der Erwerbslosenunterstützung. Die Erfahrungen auf diesem Unterstützungsgebiet sind wegen der beruflichen Zusammenlegung unseres Verbandes unbedingt abzuwarten, um vielleicht wieder eine Änderung zu treffen. Auch hierzu liegt statistisches Material jedem Teilnehmer vor, auf das der Redner Bezug nimmt. Zum Schluß ersucht Windler um Zustimmung, daß die künftigen Verbandstage statt im Frühjahr erst im Herbst stattfinden, dadurch werde dem Vorstand mit Rücksicht auf den gedruckten Jahresbericht und andere Vorbereitungen große Erleichterung gegeben. Zum Tagesordnungspunkt liegen drei Entschließungen vor, deren Begründung im Referat gegeben wurde und um deren Annahme Windler ersucht.

An der nun einsetzenden Aussprache beteiligten sich die Kollegen Seifert (Danzig), Linke (Leipzig), Ljowitsch (Berlin), Gorzak (Hohburg), Beilharz (Löwenberg), Mühle (Dresden), Vollrath (Heppenheim), Eisner (Dresden), Wunderlich (Leipzig), Müd (Mannheim), Stadler (Demitz), Haupt (Mayen), Niebergall (Rammelsbach), Schütt (Kostod), Neumüller (Beucha), Geiger (Beucha), Braun (Köln), Hemm (Heidingsfeld), Da Corta (Leipzig), Herrmann (Würzburg), Husak (Pirna), Senft (Liegnitz), Hasold (Münster), Geiß (Leipzig), Richter (Dresden), Loh (Weinau). Einige der Redner kamen wiederholt zum Wort. Die Aussprache bewegte sich durchweg im Sinne des Referats, wobei manche Darlegungen unter Anführung der jeweiligen örtlichen oder bezirklichen Verhältnisse besonders stark unterstrichen wurden.

Die eingehende Aussprache fand ihren Niederschlag in der Annahme nachstehender Entschlüsse, wovon die erste und zweite einstimmig, die dritte gegen 2 Stimmen angenommen wurde.

Entscheidung zur Mitgliederbewegung.

Die am 14. Oktober 1928 im Volkshaus zu Leipzig tagende Beirats-Konferenz des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands äußert ihre Befriedigung über die erhebliche Mitgliederzunahme der letzten 4 1/2 Jahre. Ist doch die Steinarbeitergruppe in dieser Zeit von 38 386 Mitgliedern auf 55 577 Mitglieder, und die Steinsetzergruppe von 6581 Mitgliedern auf 14 490 Mitglieder gestiegen. Die Gesamtmitgliedszahl stieg von 44 917 auf 70 067, die Zunahme beträgt 25 150 Mitglieder = 56 Prozent.

Leider läßt dieses günstige Ergebnis keine ungetrübte Freude aufkommen, weil ein Teil der Berufs- und Industrieangehörigen immer noch in unzuständigen Verbänden sein Heil sucht, und weil diese Kollegen entgegen den Satzungen des DGB willkommene Aufnahme in diesen unzuständigen Verbänden gefunden haben.

Die Beiratskonferenz fordert den Verbandsvorstand auf, seine Bemühungen, alle Arbeiter der weiterzweigigen Steinindustrie und des Steinsetz- und Pflasterergewerbes in den Verband einzubeziehen, mit aller Energie fortzusetzen. Die Kollegen in den Betrieben ersucht die Beiratskonferenz, den Vorstand durch unermüdete Mitgliederwerbung zu unterstützen, während sie von den in Betracht kommenden Verbänden erwartet, daß sie ihre, die gesamte Gewerkschaftsbewegung schädigende Werbetätigkeit in der Steinindustrie und im Steinsetzergewerbe einstellen.

Von den mit dem Bauergewerksbund erneut aufgenommenen Einigungsverhandlungen erhofft die Beiratskonferenz die restlose Beseitigung des bisherigen Konfliktes und den Beginn einer ersprießlichen Gemeinschaftsarbeit in allen, beide Verbände berührenden Aufgaben.

Entscheidung zu den dringendsten Aufgaben des Verbandes.

Die am 14. Oktober im Volkshaus zu Leipzig tagende Beiratskonferenz des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands unterstützt den Verbandsvorstand in dem Bestreben, alle Maßnahmen und Vorkehrungen zu treffen, welche zur Ausübung der Gesetze, insbesondere auf arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Gebieten, erforderlich sind. Sie erklärt sich einverstanden mit den kürzlich erfolgten, sowie mit den noch bevorstehenden Neuanstellungen, um die Kräfte sicherzustellen, welche zur Aufklärung der Mitglieder über ihre Rechte und zur Erlangung derselben notwendig sind. Ferner verlangt die Beiratskonferenz, daß sich die Angestellten des Verbandes der Mittel bedienen, welche die größte Ersparnis an Geld und Zeit gewährleisten, damit ihre Wirksamkeit das höchstreichbare Maß erlangt.

Von den ehrenamtlich tätigen Mitgliedern erwartet die Beiratskonferenz, daß sie nach wie vor, soweit in ihren Kräften steht, für die Mehrung und Stärkung des Verbandes eintreten. Mitglieder- und Kassenbestand bilden auch in Zukunft das Fundament des Verbandes. Erst auf dieser sicheren Grundlage kann sich eine in jeder Beziehung nutzbringende Verbandsstätigkeit entfalten. Je größer und stärker der Verband, desto größer der Respekt des vereinigten Unternehmertums vor ihm, desto größer seine Leistungen nach innen und außen.

Die teilweise sich bemerkbar machenden Anzeichen einer rückläufigen Konjunktur mahnen zur größten Wachsamkeit in den Betrieben. Etwaigen Abbaugelüsten der Unternehmer muß ebenso entschieden wie besonnen entgegengetreten werden. Um sich und den Gesamtverband vor unnötigen Opfern zu bewahren, dürfen sich die Kollegen aber in keinem Falle vor Ablauf des vertraglichen Schieds- und Schlichtungsverfahrens zu einer Arbeitsniederlegung provozieren lassen. Die Verwendung der Kampfmittel des Verbandes darf nicht dem Zufall oder der Willkür überlassen bleiben, sondern über sie muß die Verbandsleitung entscheiden, damit weder eine Zersplitterung, noch eine Vergewaltigung der Kräfte des Verbandes eintritt. Im Zusammenhang hiermit erinnert die Beiratskonferenz an den Beschluß des Frankfurter Verbandstages, die Mittel des Verbandes in erster Linie zur Hebung der zurückgebliebenen Bezirke zu verwenden, was indirekt auch den vorgeschrittenen Bezirken zugute kommt.

Entscheidung zum Unterstützungsweisen des Verbandes.

Die am 14. Oktober 1928 im Volkshaus zu Leipzig tagende Beirats-Konferenz des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands nimmt Kenntnis von dem Stande der Neuerungen im Unterstützungsweisen. Die in Mitgliederkreisen vorhandene Unzufriedenheit mit der Kürzung der Bezugsdauer der Krankenunterstützung zugunsten der Einbeziehung der Arbeitslosen in den Unterstützungsbezug durchaus begreifend, hält sie dennoch eine andere, als die vom Verbandsvorstand herbeigeführte Lösung der Wiedereinführung der Erwerbslosenunterstützung vorläufig nicht für tragbar.

Ob und wieweit eine Verbesserung dieses Unterstützungsweises und die Neueinführung weiterer Unterstützungsweises (Invaliden-Unterstützung) möglich ist, läßt sich erst feststellen, nachdem mindestens die Erfahrungen eines Unterstützungsjahres vorliegen. Letzteres läuft am 31. März 1929 ab. Das Eingehen der Zahlstellenberechnungen und ihre Bearbeitung erfordert ein weiteres Vierteljahr, so daß erst dann an die Vorarbeiten für event. weitere Neuerungen herangegangen werden kann. Aus vorstehenden Gründen hält es die Beiratskonferenz für geboten, den im nächsten Jahr fälligen Verbandstag erst im Herbst abzuhalten.

Dann erfolgen einige Mitteilungen. Der Ausschußvorsitzende, Kollege Eisner, weist auf die unersoffte Revision der Hauptkassenhin und hob deren musterhafte Ordnung hervor, daselbe treffe für alle Funktionen in der Verbandsleitung. Er spricht darüber seine Befriedigung und Anerkennung aus. Es erfolgen dann noch Mitteilungen geschäftlicher Natur über Literatur zum Arbeitsrecht, Stein- und Steinsetzabrechnung, Agitation für den Verbands-Tafelkalender für 1929 usw. Der Verbandsvorstand faßt in seinem Schlußwort die Aussprache nochmals kurz zusammen, dankt für die Fülle der Anregungen durch die einzelnen Redner und spricht seine Genugtuung aus über den hohen Stand der Aussprache. Das vorliegende Material, von verschiedenen Rednern gelobt, müsse nun in der Agitation auch genügend Verwendung finden. Im weiteren habe die Tagung auch das Einverständnis mit der Tätigkeit der Verbandsangestellten ergeben. Damit war die Beirats-sitzung beendet.

Warenbedarf und Produktionskraft

Im Verlauf der kapitalistischen Wirtschaft haben die Begriffe Warenbedarf und Produktionskraft eine große Rolle gespielt. Sie standen stets im engsten Zusammenhang miteinander. Teilweise wurde die Produktion durch den Bedarf nach Waren und Gebrauchsgegenständen angeregt; vielfach wurde aber der Warenbedarf erst durch die Produktion wachgerufen. Es liegt in der Natur der gesamten Menschheit wie jedes einzelnen Menschen, ständig zu verjahren, den Spielraum an Lebensglück und Daseinsfreude zu erweitern. So wuchs der Bedarf nach Waren aller Art von Jahr zu Jahr. Neue Kulturbegriffe kamen auf, von denen man vor Jahren noch keine Kenntnis hatte. So wurde der Warenbedarf künstlich gefördert. Das Flugzeug, Radio, Auto, das Fahrrad und vieles andere gehören heute zum Bestand des täglichen Lebens, während sie vor noch nicht langer Zeit noch unbekannt oder unerreichtbare Dinge waren.

Es ist nicht zuletzt das Verdienst der Gewerkschaftsbewegung, in den Massen der Hand- und Kopfarbeiter immer wieder das Gefühl gestärkt zu haben, ihr kurzes Erden-dasein so gut als irgend möglich zu gestalten. Man nennt dies Begehrtlichkeit der Massen, wo es doch lediglich das einfache Streben nach Kultur bedeutet. Der Bedarf an Gebrauchsgegenständen für das tägliche Leben hat aus alledem eine ungeheure Zunahme erfahren. Doch wird der Drang nach einem besseren, glücklicheren Leben gehemmt durch das jeden zur Verfügung stehende Einkommen. Die kapitalistische Wirtschaft hat zwischen Produktion und Verbrauch ein Austauschmittel geschaffen, welches jedem unter dem Namen „Geld“ bekannt ist. Die Lebensgewohnheiten eines jeden Menschen, seine Stellung in der menschlichen Gesellschaft usw. richtet sich schließlich danach, wieviel er von diesem Austauschmittel zur Verfügung hat. Nach den Lehren der Volkswirtschaftslehre soll Geld festgewonnene Arbeitsleistung sein. Somit müßte der am meisten zur Verfügung haben, der durch die Tätigkeit seines Kopfes und seiner Hand der menschlichen Gesellschaft zu nützen bemüht war. Daß der gesellschaftliche Reichtum nicht nach dem Quantum menschlicher Arbeit verteilt wird, das jeder einzelne leistet, ist bekannt.

Somit wird der Bedarf geübelt durch die Art der Einkommensverteilung. Es kann kein Mensch mehr Waren verbrauchen, als er die Möglichkeit hat, sich diese zu kaufen. Wenn man also vom Bedarf spricht, so wird in der Regel die jeweilige gegebene Massenkraft mit dem Massenbedarf gleichgesetzt. Wenig beachtet wird in der Regel, daß dies durchaus zwei getrennte Begriffe sind. Der Bedarf ist in jedem Lande wesentlich höher als die jeweils vorhandene Kaufkraft.

Das Anwachsen des Massenbedarfs steht im engen Zusammenhang mit den Ergebnissen der Produktion. Die kapitalistische Wirtschaft hat die Produktionskraft so gewaltig gesteigert, daß von einem Mangel an Produkten auf keinem Gebiete mehr gesprochen werden kann. Und namentlich in den letzten Jahren schwellen die zur Verfügung stehenden Produktionsmengen ungeheuer an. Die Ergebnisse des Produktionsprozesses würden noch höher sein, wenn nicht der verengte Markt die Aufnahme der Produkte hemmen würde. Die industrielle Produktion übersteigt den vorhandenen Bedarf, soweit er durch die gegebene Kaufkraft zum Ausdruck kommt. Die Warenproduktion könnte jederzeit noch ungeheuer vermehrt werden, wenn die Nachfrage durch die gefesselte Kaufkraft nicht behindert würde. Die Frage ist also heute nicht mehr: Wie können wir genug produzieren, sondern wie kann das, was erzeugt wird, abgesetzt werden? Und doch treten immer wieder Personen auf, die der Meinung sind, daß die Erzeugung dem Bedarf und nicht der Bedarf der Erzeugung angepaßt werden soll. So lesen wir z. B. in dem Wirtschaftsbericht der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt vom 6. Oktober:

„Die Verschiedenheit der wissenschaftlichen Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme hindert nicht, zu erkennen, daß der überkommene Grundsatz von der Regelung der Preisbildung allein durch das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage keine Allgemeingültigkeit mehr besitzt, wie gerade jetzt der Verlauf des Konjunkturabbaues ohne entsprechende Preisrückgänge zeigt. Denn wenn auf Grund der statistischen Zusammenstellungen des Völkerbundes seit 1913 die Bevölkerung der Erde nur um rund 7 v. H. zugenommen hat, während die Gewinnung industrieller Rohstoffe eine Steigerung um etwa 50 v. H. und die der agrarischen Rohstoffe immer noch eine solche um annähernd 10 v. H. erfährt, und zwar bei einer gleichzeitig rasch fortschreitenden Entwicklung der Kapitalkraft in den neuen Industrieländern, dann erscheint es verständlich, daß sich vor allem in Europa der Wunsch geltend macht, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen bemerkt einmal die Erzeugung dem tatsächlichen Bedarf besser anzupassen und zum anderen Konjunkturschwankungen möglichst auszuschalten. Hierher gehören in gleicher Weise sowohl die privatwirtschaftlichen Versuche, durch Kartell- und Trustbildung Einfluß auf die Produktions- und Preisgestaltung zu nehmen, als auch das Vorgehen der öffentlichen Hand, durch ihr auf den verschiedensten Wegen erfolgendes Eindringen in die Wirtschaft eine engere und unmittelbare Fühlung zu den wirtschaftlichen Erscheinungen zu bekommen und damit eine stärkere Mitbestimmung sich zu sichern.“

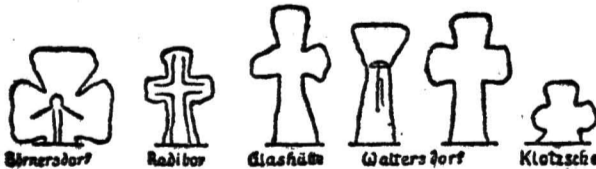
Hier wird also der alte Gedanke verfolgt, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen bewirkt die Erzeugung dem tatsächlichen Bedarf anzupassen, d. h. also die Produktion einzuschränken. Es scheint niemand auf den Gedanken zu kommen, einmal umgekehrt zu verfahren. Die produktiven Kräfte, die nach Erweiterung getadelt werden, sollen gedrosselt werden, weil der angebliche Bedarf dies nicht zuläßt. Und dabei ist der angenommene Bedarf willkürlich, in Wirklichkeit ist er wesentlich größer. Die Gewerkschaften haben es sich zur Aufgabe gesetzt, die dem vermeintlichen Bedarf angelegten Fesseln zu sprengen. Sie sind sich dessen bewußt, daß dies im Interesse aller Menschen gelegen ist. Denn Mehrverbrauch bedeutet Reichtumsvermehrung. Nicht nur erhält jeder einzelne Mensch dadurch die Möglichkeit, besser und zufriedener zu leben, sondern es liegt auch im Sinne der Entwicklung, weil dadurch die Produktion erweitert, die brachliegenden Arbeitskräfte aufgesogen werden können usw.

Die Steigerung des Massenverbrauchs bedeutet also einen wirtschaftlichen Fortschritt von ungeheurem Ausmaß. Und weil die Mehrzahl der Bewohner der Industriestaaten aus Lohn- und Gehaltsempfängern besteht, deshalb gewinnt die Frage über die Höhe der Löhne und Gehälter eine große Bedeutung. Ueber die Lohnfrage hat sich Henry Ford einmal folgendermaßen geäußert:

„Keine Frage ist so wichtig wie die Lohnfrage. — Die Mehrzahl der Bevölkerung lebt von Löhnen; ihr Lohnstand ist maßgebend für den Wohlstand des Landes.“

Zur Erforschung der alten Steinkreuze

Aus unvordenklichen Zeiten deutscher Geschichte haben sich in ganz Nord- und Mitteleuropa, von den westlichen Ausläufern des Kaukasus bis zu den Vogesen, vom Südfuße der Alpen und den nördlichen Balkanländern bis hinauf zu den schottischen Inseln und skandinavischen Wohngebieten in Dorf und Stadt, in Wald und Feldstumpfe Steinkreuze oder allerhand Steinplatten mit eingegrabenen Kreuz- und Waffenbildern bis auf unsere Tage erhalten, deren Deutung weder für das einzelne Stück, noch für die Gesamtheit ihres Vorkommens in einwandfreier Weise gelöst ist. „Nordkreuze“ nennt sie das Volk seit altersher, und ein Kranz düfterer Sagen von blutiger Tat und reuvoller Sühne geht noch heute von Mund zu Mund. In Sagensammlungen und heimatkundlichen Schilderungen werden die geheimnisvollen, verwitterten Steine zum volkstümlichen Besitzstand gerechnet, hier und da sind



Wernsdorf, Rahlitz, Glashütte, Waltersdorf, Klitzsch

sie auch in den großen staatlichen Inventarisationswerken der Kunstaltertümer erwähnt, aber eine Vollständigkeit der Fundstellen ist damit kaum beabsichtigt und nirgends erreicht.

Die wissenschaftliche Forschung hat sich der alten Mäler bisher nur sehr spärlich angenommen, dagegen stoßen wir in einzelnen Teilen Deutschlands und der früheren österreichischen Monarchie seit etwa drei Jahrzehnten auf eine dilettantische Sammeltätigkeit, die vielfach innerhalb begrenzter Bezirke planmäßig auf die Suche ging und mehr oder weniger vollständige Standortverzeichnisse veröffentlichte. Bei gleichzeitiger Durchforschung der Bibliotheken fanden sodann auch die schriftlichen Sühneverträge oder Wahr-



Wernsdorf, Rahlitz, Glashütte, Waltersdorf, Klitzsch

sprüche weltlicher und kirchlicher Machthaber Beachtung, die seit dem 12. Jahrhundert in den deutschen Urkunden, Stadtbüchern, Lehns- und Patrimonialgerichtsprotokollen, Kirchenchroniken usw. zu Hunderten wiederkehren und dem Täter für begangenen Totschlag außer kirchlichen Bußen oder vermögensrechtlichen Leistungen die Segnung eines steinernen Kreuzes als Sühne auferlegen. Ueber Größe und Gesteinsart des Kreuzes, über Aufstellungsort und Erfüllungsfrist sind dabei oft ausführliche Vorschriften gegeben, so daß in ein paar vereinzelt Fällen, heute sowohl das vorhandene Kreuz als auch das erhaltenen Grabmal des Erschlagenen und der urkundmäßige Sühnevertrag sich noch genau feststellen und in unabweisbarer Verbindung bringen läßt. Aus der Mehrzahl dieser Sühnereurkunden ist un schwer die Absicht der kirchlichen und staatlichen Machthaber herauszulesen, den

außergermanischen Gedanken der Blutrache mit seinen endlosen Stammesfehden und der Selbsterleischung der Sippen und Geschlechter in christlich gemäßigtere Bahnen zu lenken. Trotz mancherlei Zweifeln, die selbst für den Ausgang der ganzen Steinkreuzfrage am Anfang des 18. Jahrhunderts noch geäußert werden können, wird man also zum mindesten seit dem 12. Jahrhundert den Sühnengedanken als Hauptgrund ihrer Errichtung anzunehmen haben.



Wernsdorf, Rahlitz, Glashütte, Waltersdorf, Klitzsch

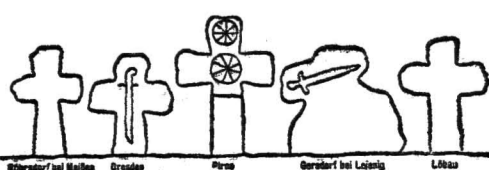
Für die Vorzeit dagegen fehlen alle Anhaltspunkte; äußerliche Merkmale der starken Verwitterung oder heidnische Runen und andere Zeichen hohen Alters widersprechen sogar dem Zusammenhang mit der christlichen Lehre und weisen für den Ursprung der ganzen Steinkreuzfrage auf weit ältere Perioden germanischer Vervandtschaft hin. Das örtliche Vorkommen gleichartiger Steinmäler im westlichen Kaukasus, an der Berezna oder am Peipussee braucht damit im Hinblick auf die Völkerverwanderung nicht als unwiderleglicher Gegenbeweis zu gelten.

Seit Jahrzehnten habe ich mich um die lückenlose Entdeckung und Aufzeichnung der sächsischen Steinkreuze bemüht und schon im



Wernsdorf, Rahlitz, Glashütte, Waltersdorf, Klitzsch

Jahre 1912 etwa 260 vorhandene Kreuzfunde allein aus dem kleinen Bezirk des Königreichs Sachsen veröffentlicht. Aus urkundlichen Quellen oder auf Grund zuverlässiger persönlicher Mitteilungen konnte ich obendrein weitere 60 Stüde solcher alter Mäler namhaft machen, die im Laufe des 19. Jahrhunderts größtenteils durch Unverständnis der Gemeinde- und Staatsbehörden bei Straßen- und Eisenbahnbauten zerstört worden waren. Bereits auf Wanderungen, Radfahrten und Autoreisen, die mich weit über die sächsischen Landesgrenzen hinaus ins bairische, böhmische und preussische Gebiet hinüberführten, und bei der Fortsetzung meiner literarischen Studien kamen sehr bald hunderte und nach und nach sogar tausende außer-sächsische Standorte zusammen, so daß ich nahezu 3000 einzelne Fundstellen listenmäßig aufnehmen konnte.



Wernsdorf, Rahlitz, Glashütte, Waltersdorf, Klitzsch

Krieg und Inflation haben dem dilettantischen Forschungseifer überall ein Ziel gesetzt. Auch mir war es jahrelang nicht möglich, bei der „Zentrale für Steinkreuzforschung“, die ich früher als Anhang des Königlich Sächsischen Denkmalsarchivs ins Leben gerufen habe, die literarische und praktische Suche in der Landschaft wirklich weiterzubetreiben. Trotzdem ist das überraschend große Interesse, dem ich von Anfang an in allen Volkskreisen für die Steinkreuzforschung begegnet bin, nie ganz erlahmt und zeigt sich gegenwärtig in vermehrten Zuschriften und Anfragen, wobei die neuerwachte Wanderbegeisterung und Naturliebe der breiten Masse eine willkommene Gelegenheit für solch gelegentliche Beobachtungen bietet.

Die meisten Gegenden Deutschlands sind ziemlich reich an alten Steinkreuzen oder Kreuzsteinen, Kreisplatten mit eingegrabenen Kreuz usw. Die Mehrzahl von ihnen wird sorgsam gehütet und seit längerer Zeit auch literarisch aufgezeichnet, trotzdem wäre ich dankbar, wenn mir für das Dresdener Steinkreuz-Archiv gute photographische Aufnahmen übersandt und dabei die Volksagen und Erzählungen unter genauer Beschreibung des Standortes an gegeben würden. Dr. Rühfahl, Dresden-A. 16.

Der schwarze Tag

Zum 21. Oktober.

Der 21. Oktober 1878 ist ein schwarzer Tag in der Geschichte des Kampfes der menschlichen Freiheit. Durch ein Ausnahmegesetz, das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, wurde das heiligste Recht des Menschen erstickt das Recht auf eine freie Meinung und auf ein stolzes Eintreten für das, das die Ueberzeugung verlangt.

Gewiß, man wollte den wirtschaftlich und politisch verlangenden Menschen treffen. Man wollte die Verbreitung des Gedankens hindern, der da im Volke erwacht war, des Gedankens von der wirtschaftlichen Freiheit des Volkes und seinem wirtschaftlichen und politischen Rechte und von dem Rechte und der Pflicht zur Besserung der sozialen Lage. Und man suchte das Volk zu treffen, indem man ihm auch das letzte nahm, das Ursprünglichste, Selbstverständlichste, Urwesentlichste des Menschen, die freie Meinung und das Recht zu werden für das, das man als richtig erkannt hat.

Das ist das empörendste dieses Gesetzes, das da vor 50 Jahren in Kraft getreten, daß es dem Menschen mit seinem wirtschaftlichen Rechte auch noch das ureigene sittliche Recht der Persönlichkeit nahm. Daß es die Ueberzeugung mit Gefängnis bestrafte und das freie Wort ahndete mit Ausweisung und Vertreibung von Heim und Arbeit und Weib und Kind, daß es durch feige Verschlagnahme des gedruckten Wortes jedes Verben für Recht und Freiheit einfach unterband und die Organisation verbot und auflöste, nur, weil in ihnen das Recht des Volkes seinen stärksten kämpferischen Ausdruck fand.

Der 21. Oktober ist nicht nur ein Markstein in der Geschichte des wirtschaftlichen Klassenkampfes. Er ist zugleich ein Markstein in der Geschichte der Kultur. Wann hat eine herrschende Klasse jemals so ihren sittlichen Bankrott gezeigt, wie an diesem Tage durch dieses Gesetz?

Wie hat man in den Schulen so edel gelehrt und erzogen und die Gesellschaft frohte von der Fülle der Ethik ihrer Philosophen.

Hiermit dürfte Ford die Kernfrage der wirtschaftlichen Entwicklung der Zukunft angeht. Wenn schon der Völkerbund errechnet, daß das Brot mehr zunimmt als die Bevölkerung; die Gewinnung industrieller Rohstoffe gar um 50 p. S. gesteigert würde, die Zunahme der Bevölkerung aber nur 7 p. S. beträgt, so dürfte bereits der Beweis erbracht sein, daß der Spielraum an Lebensmöglichkeiten wesentlich gemindert ist. Und doch wurde dieses Wachstum durch die künstliche Einschränkung der Kaufkraft. Wie würde die Wirtschaft erst aussehen, wenn die Kaufkraft auf den tatsächlichen Bedarf erweitert würde?

Ein Ziel, wert, dafür zu kämpfen!

Genossenschaftliche Wirtschaftsdemokratie

Der Begriff Wirtschaftsdemokratie wird nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung verschwinden, nachdem er auf dem Hamburger Gewerkschaftstagen eine so vollkommene Klärung in der Sprache und eine Festlegung in der Entschiedenheit über seine Wirklichkeit gefunden hat. Die Wirtschaftsdemokratie markiert Sie ist nicht mehr nur eine politische Aufgabe der Arbeiterbewegung, sie ist auch eine gewerkschaftliche geworden. Und man darf sicher sein, daß durch das Zusammenwirken der beiden Heersäulen der Arbeiterbewegung eine Kräftekonzentration stattfindet, die das Ziel erreichen wird.

Um so mehr, als in der Entschiedenheit die tiefe Erkenntnis zum Ausdruck kommt, daß auch die Konsumgenossenschaftliche Bewegung Deutschlands einen Weg zum Ziele bildet, der bereits mit praktischen Tatsachen „gepflegt“ ist. Ist doch an einer Stelle der umfangreichen Entschcheidung gesagt:

„Der 13. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erblickt in den gewerkschaftlichen Eigenbetrieben, ebenso wie in der Genossenschaftsbewegung einen der Wege zur Demokratisierung des heutigen Wirtschaftssystems und einen der Schritte zur praktischen Durchführung des Sozialismus.“

Die Entschcheidung ward auf dem klassischen Boden der Hamburger Genossenschaftsbewegung gefaßt, wo ragende Zeugen der Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsform den Beweis lieferten für die praktische Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, die ihren inneren Sinn im Ausdruck findet in dem eigenen Wirtschaftsbeitrag der Verbraucher. Denn da ist die weltbekannte „Produktion“, die Gründung des in der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung unvergesslichen Führers v. Elm beheimatet, welche aus dem Nichts den vorbildlichen deutschen Konsumverein mit der größten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für 80 000 bis 90 000 Familien der Hamburger Stadt- und Landrepublik geschaffen hat. Schlächterei, Bäckerei und chemischer, landwirtschaftlicher und Wohnungsbaubetrieb und allgemeine Warenversorgung ist in einer glänzenden, genossenschaftlichen Organisation vereint und gibt tausendfältige Früchte denen, die unter ihrem Baume stehen. Die Hamburger „Produktion“ bildet ein Wahrzeichen für die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, wie es kein anschaulicheres geben kann. Sie ist eine wirtschaftliche Monographie der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung Deutschlands.

Aber am gleichen Tage ragt noch ein größeres Wahrzeichen praktischer Wirtschaftsdemokratie. Denn da stehen die riesigen Verwaltungsgebäude und Genossenschaftsfabriken der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, die die konzentrierte Wirtschaftskraft von 1000 deutschen Konsumgenossenschaften umfaßt. Und es ist nur ein kleiner Teil wirtschaftsdemokratischer Eigenbetriebe, der in Hamburg domiziliert, da seine 30 Fabriken und Veredelungsbetriebe mit 14 riesigen Zentrallagern über die großen deutschen Wirtschaftszentren verteilt sind, um rationalisierte Warenproduktion auf der Grundlage zentralisierter Warenversorgung zu betreiben. Von der Finanz- und Wirtschaftskraft des größten deutschen Handelsunternehmens, das den Konsumgenossenschaften gehört, zeugt am besten der bekannte Neubau der größten Fleischwarenfabrik Deutschlands in Oldenburg mit einem Produktionsumfang an Fleisch und Wurstwaren aus eigenem Wirtschaftsbetrieb.

Diese Großeinkaufsgesellschaft bildet die Spitze der Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsdemokratie im einzelnen, und welche Wirtschaftskraft und Finanzkraft den „Habenichtsen“ von Lohn- und Gehaltsempfängerin innewohnt, zeigt am besten die Tatsache ihrer Entwicklung aus kleinsten Anfängen. Denn aller Anfang ist schwer. Auch der Anfang der Wirtschaftsdemokratie. Vor etwa 30 Jahren hat die Warenzentrale der deutschen Konsumgenossenschaften mit einem Jahresumsatz von ein paar Millionen Mark angefangen;

Aber die Klasse kam in Gefahr. Eine aufsteigende Klasse begann zu begehren. Ihr wirtschaftliches Recht zu erkennen und zu verlangen. Und sie ward für das Recht. In Wort und Schrift. Und sie schloß sich zusammen für das Recht in Verbänden. Und da brach da drüben angesichts dieser wirtschaftlichen Gefahr die Achtung vor dem sittlichen Rechte und der sittlichen Pflicht zur Freiheit des Wortes und der Überzeugung ganz erbärmlich zusammen, und man schaffte auf den Trümmern der Ethik aller Religionen und Philosophien das Schandgesetz.

Wer ist da noch taub angesichts solchen Geschehens? Hört ihr denn nicht, wie die Geschichte euch ins Ohr schreit, daß das Klasseninteresse bestimmend ist, und daß man euch eure fertige, angelante Ethik vor die Füße wirft, wenn es das Klasseninteresse verlangt?

Ihr Menschen des Volkes, die ihr an Recht glaubt und an das Gute, kämpft für die Klassenlose Welt! Solange Klassen herrschen, kann der freie, edle, brüderliche Mensch nie sein.

Das ist der sittliche Gedanke des Gewerkschaftskampfes, daß er mit der Erklämpfung des wirtschaftlichen Rechtes der Arbeitenden zugleich die Überwindung der Klasse erstrebt. Aus diesem Gedanken der Klassenüberwindung kämpft er. Der Mensch ist das höchste, seine Freiheit, sein Glück, seine Güte. Will er Menschlich sein, soll der Arbeitende sein Recht erlangen. Weil jeder sein freies Recht haben muß. Und die Verände suchen den Schöpfenden dieses Menschenrecht dadurch zu bringen, daß sie die Klassenwirtschaft, die auf ihr Interesse statt auf das des Menschen eingestellt ist, zwingen.

Damit wurzelt der moderne wirtschaftliche Kampfgedanke in der Tiefe menschlichen Gefühls und sittlichen Glaubens. Der gewerkschaftliche Kampf ist von einer heiligen menschlichen Seele durchglüht. Darum kann er begeistern. Darum macht er jeden so groß und so stark, der von ihm durchdrungen ist.

Durch ein paar Paragraphen glaubte der „eiserne“ Kanzler das sittliche Recht des Menschen aus der Welt schaffen zu können. Aber Gut ist stärker als Eisen, und die Geschichte schreitet mit denen, denen höher als die Klasse der Mensch steht.

Dr. G. S.

Sum Merken

Viele Menschen verwechseln Dickköpfigkeit mit Charakterfestigkeit, und mancher brave Dummkopf glaubt, wenn er Vernunftgründen gegenüber sich unzugänglich zeigt, er sei ein fester Charakter.

Du klagst, du müßtest leben in dieser bösen Welt? O nein, du kannst dich hängen, wenn dir's nicht mehr gefällt.

Geht es auch von Mund zu Munde, wieviel Schlechtes du getan, sei nur froh zu jeder Stunde, niemand traut sich an dich ran.

Wenn manche Eltern ihre eigenen Unarten an ihren Kindern bemerken, so sagen sie gewöhnlich: sie sind aus der Art geschlagen — wo sie's nur herhaben?

1927 betrug er 373 Millionen Mark und er wird 1928 nur wenig hinter der halben Milliarde zurückbleiben. Von dem Umsatz entfallen auf die Produktion in eigenen Genossenschaftsfabriken ca. 70 bis 80 Millionen Mark und eine eigene Bankunternehmung mit einem jährlichen Geldverkehr von über 2½ Milliarden Mark sorgt für die eigene finanzielle Unabhängigkeit wie für die der 1000 angeschlossenen Konsumgenossenschaften vom kapitalistischen Geldmarkt.

So demonstriert die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine als Spitze der wirtschaftlichen Gesamtbewegung konzentrierteste Wirtschaftsdemokratie und bildet den unumstößlichen Beweis ihrer Verwirklichungsmöglichkeit. Hat dies doch schon ein Karl Marx gesehen, als er angesichts der Entwicklung der englischen Genossenschaftsbewegung mit ihrer eigenen Produktionsunternehmungen den Genfer Kongress (1863) der ersten Arbeiterinternationale u. a. den Satz beschließen ließ:

„Wir erkennen die Genossenschaftsbewegung an als eine der Triebkräfte zur Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft, welche auf Klassengegensätzen beruht. Ihr großes Verdienst besteht darin, praktisch zu zeigen, daß das bestehende verarmende und despotische System der Unterjochung der Arbeit unter das Kapital aufgehoben werden kann durch das wohlstandserzeugende und republikanische System der Assoziation von freien und gleichen Produzenten.“

Ein Seher der Wirtschaftsdemokratie vor 65 Jahren. Welch kurze Spanne Zeit, wenn man bedenkt, daß heute die englische Genossenschaftsbewegung die wirtschaftliche Grundlage der früheren und künftigen Arbeiterregierungen bilden wird, deren Führer Macdonald u. a. wissen, daß die Genossenschaftsbewegung, aus der sie zum großen Teil hervorgegangen sind, die stärkste Stütze der Wirtschaftsdemokratie bildet.

Diese Bedeutung der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung für die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie als Wirtschaftsbewegung der Massen enthält aber auch besonders im Hinblick auf die Entschcheidung des Hamburger Gewerkschaftstages die verpflichtende Mahnung zur grundsätzlichen und praktischen Förderung der Konsumgenossenschaften.

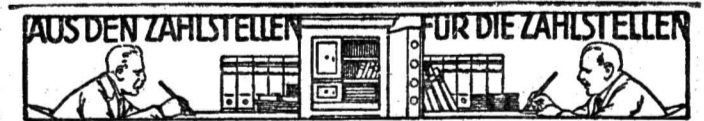
Die Angst vor der Radikalisierung der christlichen Gewerkschaften

Die christlichen Gewerkschaften von heute sind in ihrem ganzen Gebaren grundverschieden gegenüber der Vorkriegszeit. Mitgerissen durch die Wucht der freien Gewerkschaften und angesichts dessen, daß die sozialen Probleme so handgreiflich zutage liegen, sind sie gezwungen, folgerichtige Gewerkschaftsarbeit zu leisten. In der „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 6. Oktober wird der Verbandstag des christlichen Metallarbeiterverbandes besprochen und dabei der tiefgehende Wandel nach der sozialistischen Richtung hin festgestellt. Das veranlaßt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ zu der Behauptung, daß sie diese Feststellung schon immer gemacht habe. Dieses schwerindustrielle Blatt hat in der letzten Zeit alle möglichen Register gezogen um die christlichen Gewerkschaften vom einmal beschrittenen Wege abzubringen. In ihrer Nummer vom 7. Oktober zitiert sie den Artikel der „Metallarbeiter-Zeitung“, um dann u. a. zu schreiben:

„Unser Erachtens machen die christlichen Gewerkschaften den schmerzlichen Fehler, allzu stark die freigewerkschaftliche Haltung zu kopieren und sich gegen eine Vermischung der Grenzen zwischen den beiden großen Gewerkschaftslagern schon durch die christliche Tönung der Kopie geküßt zu glauben. Auch der einfache Arbeiter gelangt allmählich zu der Erkenntnis, daß hier dieselbe Sache von zwei Seiten angeboten wird, die sich nur durch ihre Firma unterscheiden.“

Diese immer größere Annäherung der beiden Gewerkschaftsrichtungen paßt dem Scharfmacherblatt durchaus nicht. Deshalb redet es den christlichen Arbeitern ins Gewissen, daß ihre Bedeutung auf dem kulturellen Gebiete liegt: „Die große Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung liegt vorwiegend auf dem Gebiete des Kulturlebens. Was sie an Verbreitung und Erhaltung deutschen Kulturgutes leisten, verdient unbedingte Anerkennung. Hier sind die Wurzeln ihrer Kraft. Sie ist überall stark, wo sie sich vom Sozialismus entfernt und immer schwach, wenn sie sich ihm annähert. Will die christliche Gewerkschaftsbewegung nach altonomistischem Geheiß enger und enger um den freigewerkschaftlichen Koloß planetarisch kreisen, dann wird auch der Tag kommen, wo der Koloß sie verschluckt. Bei allen Gegenständen, die wir mit ihr auszuputzen haben, wir würden dieses Ergebnis nicht begrüßen.“

Die christlichen Gewerkschaften, das muß in diesem Zusammenhang betont werden, sind in der Hauptsache von Nichtarbeitern gegründet worden. In ihrer Wiege standen andere Gewerkschaftsrichtungen, die in der aufstrebenden freien Gewerkschaftsbewegung ihren gemeinsamen Feind erkannten. Nun, da die christlichen Gewerkschaften eine folgerichtige Entwicklung nehmen und in ihren Anschauungen und in ihrer Taktik sich den freien Gewerkschaften immer mehr nähern, sieht man eine große Gefahr vor Augen. Deshalb macht man darauf aufmerksam, daß die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften eigentlich auf dem kulturellen, d. h. religiösen Gebiete liegen. Wir unsererits haben durchaus keine Veranlassung, die christlichen Arbeiter durch Verleumdung ihrer religiösen Gefühle vor den Kopf zu stoßen. Im Gegenteil ist ihnen deutlich vor Augen zu führen, daß das Trennende gering und die gemeinsamen Interessen stark sind. Man überlasse den Unternehmern die „Verbreitung und Erhaltung deutschen Kulturgutes“ und finde sich zusammen in dem einheitlichen Willen, mehr Luft, Licht und Lebenspielraum für den arbeitenden Menschen zu schaffen.



Gespezt:

5. Gau: In Detmold die Grabsteinfirma Hugo Meier und die Westdeutsche Bauhofzentrale Grotenburger Sandsteinbrüche. Inhaberin: Dora Meier, früher Karl Meier in Hiddesen bei Detmold

6. Gau Odenwaldbezirk (Werkstein- und Plastersteingruppe). Zureise nach hier ist unangebracht wegen Entlassungen und Kurzarbeit. Auch ist in den juristischen Tarifpositionen noch keine Verständigung erfolgt.

Streit:

1. Gau W. In Berlin seit 2. Oktober die Steinbildhauer. Die Kollegen in den Steinbruchbetrieben werden um Beachtung und Solidarität gebeten.

Gefahren der Steinbrucharbeit. Die „Striegauer Volkszeitung“ berichtet: „Am fallender Stein erschlägt Hilfsarbeiter im Steinbruch. Im Betriebe der Firma Röhder in Gräben ereignete sich am 11. Oktober, vormittags, ein schwerer Unglücksfall mit tödlichem Ausgang. Zwei Brecher und der Hilfsarbeiter Gustav Seeliger aus Gräben waren mit dem Hochkant eines Steines beschäftigt, als dieser sich plötzlich drehte und zurückfiel. Seeliger wurde von dem zurückfallenden Stein an der rechten Schulter getroffen, fiel zu Boden, raffte sich mit einem Schmerzensschrei noch einmal auf und brach nach wenigen Schritten bewußtlos zusammen. Allem Anschein nach ist vom fallenden Stein die Halsschlagader des Verunglückten getroffen und zerrissen worden, so daß er kurze Zeit nach dem Unglücksfall verschied. Der Tote befand sich im 26. Lebensjahr und hinterläßt Frau mit zwei kleinen Kindern. Erst im Vorjahr verunglückte der 16jährige Bruder des Verstorbenen bei einem Gutsbesitzer in Gräben durch den Fußschlag eines Pferdes tödlich. Das Schicksal der Arbeit hat hier wieder einmal ein Opfer gefordert.“

Kollegen, kontrolliert die Invalidentariten! Nach § 1278 RVO ist die Wartezeit für die Invalidentaritenversicherung erreicht, wenn nach Leistung von 100 Pflichtbeiträgen 200, andernfalls 500 Beitragsmarken entrichtet sind und Anwartschaft gemäß § 1280 aufrechterhalten ist. Dieses ist der Fall, wenn die Invalidentariten innerhalb zwei Jahren, vom Ausstellungstage an gerechnet, umgetauscht wird und mindestens 20 Beiträge geleistet sind.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen ergibt sich demnach, daß Versicherte, wenn sie 4 Jahre in regelmäßiger Beschäftigung standen, die Anwartschaft erreicht haben und im Falle Eintritts der Invalidität Ansprüche stellen können.

Trotzdem das Gesetz die Arbeitgeber verpflichtet, die Beiträge zur Hälfte zu tragen, kommt es vor, daß manche Unternehmer, wenn es auch glücklicherweise nicht viel sind, die Leistungen für sich nicht nur unterlassen, sondern auch die Beitragsteile, die den Versicherten abgezogen sind, für sich verwenden. Nach § 1492 und folgende tritt zwar Bestrafung ein, doch steht diese in keinem Verhältnis zu dem für den Versicherten erwaarten Schaden. Es ist eine Seltenheit, daß die im Gesetz vorgeschriebene Gefängnisstrafe verhängt wird. Auch Schadenersatzklagen gegen die Arbeitgeber, die die Aufgaben der Versicherung nicht durchgeführt haben, sind meistens ohne Erfolg, da nach Auffassung der ordentlichen Gerichte auch der Versicherte die Verpflichtung hat, sich darum zu kümmern, ob die Marken richtig verwendet sind.

Aus Vorstehendem ergibt sich die Aufgabe der Versicherten, die Beitragsleistung sowohl der Höhe wie der Zahl nach zu kontrollieren. Auch die Betriebsräte haben diese Pflicht. Es wird oft gesagt, daß die Landesversicherungsanstalten zu diesem Zweck Kontrollen haben. Wenn dies auch zutrifft, so darf nicht übersehen werden, daß deren Zahl nicht ausreichend ist und sie — wie die Beamten der Gewerbeaufsicht — nicht alle Betriebe kontrollieren können.

In letzter Zeit wurde in mehreren Fällen festgestellt, daß Rente nicht gewährt wurde, weil die Anwartschaft trotz jahrelanger Arbeit nicht erreicht oder verloren gegangen war. Wenn auch § 1280 ergänzend die Dreiviertelbedingung seit Eintritt der Versicherungsfrist vorsieht, so wird mit Rücksicht darauf, daß nur wenig Versicherte den Nachweis über Krankheiten und militärische Dienstleistungen führen können, oft auch diese Bestimmung keine Anwendung finden, da die Zahl der Marken nicht ausreicht.

Es ergibt sich nun folgendes: Auf alle Fälle ist in Zeiten der Arbeitslosigkeit, Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung, darauf zu achten, daß die Invalidentariten vor Ablauf von 2 Jahren umgetauscht wird und in dieser Zeit mindestens 20 Beiträge geleistet sind. Die Arbeitsämter haben die Verpflichtung, die Beiträge zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft in der Invalidentariten- und Angestelltenversicherung zu zahlen. Selbstverständlich ist es Aufgabe der Arbeitslosen, sich um die Sache zu kümmern und entsprechende Anträge zu stellen. Auch die Wohlfahrtsämter werden auf Antrag den Bedürftigen die Aufrechterhaltung der Anwartschaft ermöglichen bzw. die Kosten dafür übernehmen.

Diejenigen Versicherten, die aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheiden, haben die Beiträge entsprechend ihres Verdienstes zu entrichten.

Wer vorstehende Ausführungen beachtet, wird sich bei Eintritt der Invalidität oder bei Antrag auf Heilverfahren oder Zahlertrag vor Enttäuschungen beschützt haben.

Schicksal der beim Wiedereintritt in die Invalidentaritenversicherung. Der Paragraph 1283 der Reichsversicherungsordnung stellt in Abs. 1 die allgemeine Regel auf, daß die erloschene Anwartschaft wiederauflebt, wenn der Versicherte wieder eine versicherungspflichtige Beschäftigung aufnimmt oder durch freiwillige Beitragsleistung das Versicherungsverhältnis erneuert und danach eine Wartezeit von 200 Beitragswochen zurücklegt; diese Regel wird aber in Abs. 2 und 3 in verschiedener Richtung eingeschränkt. Nach Abs. 2 lebt die Anwartschaft eines Versicherten, der bei der Wiederaufnahme der versicherungspflichtigen Beschäftigung oder bei der Erneuerung des Versicherungsverhältnisses durch freiwillige Beitragsleistung das 60. Lebensjahr vollendet hat, nur auf, wenn er vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens 1000 Beitragsmarken verwendet hatte. Abs. 3 schreibt vor, daß die Anwartschaft eines Versicherten, der das 40. Lebensjahr vollendet hat, durch freiwillige Beitragsleistung nur auflebt, wenn er vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens 500 Beitragsmarken verwendet hatte und danach eine Wartezeit von 500 Beitragswochen zurücklegt.

Eine Landesversicherungsanstalt folgte aus diesen Vorschriften, daß bei einem mehr als Sechzigjährigen, da er ja zugleich das 40. Lebensjahr überschritten habe, die Anwartschaft nur dann wiederauflebe, wenn den Erfordernissen sowohl des Abs. 2 wie des 3 genügt sei, und daß danach ein mehr als 60 Jahre alter Versicherter die Anwartschaft durch freiwillige Beitragsleistung nur dann zum Wiederaufleben bringe, wenn er früher mindestens 1000 Beitragsmarken verwendet habe und nunmehr eine Wartezeit von 500 Beitragswochen zurücklege.

Gegen diese Rechtsauffassung hat sich das Reichsversicherungsamt in einer grundsätzlichen Entscheidung (II 540/28) wie folgt geäußert:

„Dieser Auslegung des Gesetzes ist aber nicht zuzustimmen. Gegen sie spricht einmal der Umstand, daß die den Sechzigjährigen betreffende Ausnahmvorschrift vorangestellt und unmittelbar an die Regelvorschrift des Abs. 1 angegeschlossen ist. Daraus ist zu schließen, daß das Aufleben der erloschene Anwartschaft bei den mehr als 60 Jahre alten Versicherten gegenüber dem Regelfalle des Abs. 1 nur insoweit ersichert werden soll, als das weitere Erfordernis einer früheren Beitragsleistung von mehr als 1000 Beitragsmarken aufgestellt wird, daß es aber im übrigen bei der in Abs. 1 vorgesehenen neuen Wartezeit von 200 Beitragswochen bewenden soll. Das Erfordernis einer Wartezeit von 500 Beitragswochen würde es den mehr als 60 Jahren alten Versicherten in Wirklichkeit auch fast unmöglich machen, die verlorene Anwartschaft durch freiwillige Beitragsleistung zum Wiederaufleben zu bringen; denn wohl nur in ganz seltenen Fällen wird ein bereits in diesem Alter befindlicher Versicherter in der Lage sein, noch eine so hohe Wartezeit vor dem Eintritt der Invalidität, mit dem jede weitere Beitragsleistung unzulässig wird (§ 1236 RVO) zurückzulegen. Dieses Ergebnis würde dem aus der Entscheidungsgeschichte ersichtlichen Zwecke des § 1283 Abs. 2 widersprechen, der dahin geht, daß auch dem schon mehr als Sechzigjährigen die Möglichkeit eröffnet werde, durch freiwillige Beitragsleistung die erloschene Anwartschaft zum Wiederaufleben zu bringen.“

Trennung. Am 7. Oktober tagte in Möhren im Gasthaus zum grünen Baum eine gutbesuchte Mitgliederversammlung der Zahlstelle. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Bezirkskonferenz im Solnhofen. 3. Verschiedenes. Lauz gab den Kasienbericht, aus dem zu entnehmen war, daß an die Hauptkasse 508,50 Mark abgeführt worden sind. Der Lokalkassenbestand beträgt 184,90 Mark. Die Revisoren Heinrich Meyer und Ottmann bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung. Dann wurden Schwegler und Lauz zur Bezirkskonferenz nach Solnhofen delegiert. Zum Schluß wurden noch verschiedene Mißstände in der Beitragszahlung und ein früherer Kollege gerügt.

Frankfurt a. d. Ober. Kürzlich feierte der Kollege Gustav Schmitt, der älteste Steinseher hier am Orte, seine 35jährige Verbandszugehörigkeit. Der Kollege, der sich im 69. Lebensjahre befindet, erfreut sich noch einer beneidenswerten körperlichen Rüstigkeit. Noch immer steht er Seite an Seite mit den jüngeren Kollegen im Plan. Als einer der Gründer der Frankfurter Zahlstelle, hat er fast ein Menschenalter der Organisation ir vorbildlicher Treue angehört. In Perioden, in denen viele Kollegen der Organisation den Rücken kehrten, hat Kollege Schmidt nie daran gedacht, die Organisation etwa aufzugeben. Als leuchtendes Vorbild für alle Kollegen am Orte steht Vater Schmidt in unseren Reihen. Anlässlich seiner 35jährigen Verbandszugehörigkeit wurde ihm von der Zahlstelle eine silberne Uhr mit Widmung überreicht. Wir hoffen, daß es dem Kollegen Schmidt noch sehr lange vergönnt ist, in unseren Reihen zu weilen; seine reichen Erfahrungen werden uns immer zugute kommen.

Annen i. W. Gutbesuche am 5. Oktober im Lokal Ripp. Gauleiter Braun gibt zunächst einen Ueberblick über den Aufbau der Löhne im Ruhrlandsteingebiet. Vom Jahre 1927 bis zum Sommer 1928 entwickelten sich die Löhne ziemlich auf einer Linie, ohne daß es unerseits zu einer Aktion kam. Es wurden Zeitlöhne von 80 bis 90 Pfennig für Hilfsarbeiter je Stunde, für Facharbeiter 1 bis 1,10 Mark gezahlt. Affordarbeiter (Steinmehler) erlangten einen Durchschnittslohn von 1,20 Mark, Steinmehler ebenfalls. Es besteht hier ein chronischer Facharbeitermangel, und so kommt es, daß die Unternehmer solche aus dem Auslande holen. Daher kommt es, daß es gegenwärtig noch schwer fällt, Orts- bzw. Bezirksstarke abzuschließen, weil die ausländischen Arbeiter sich vom Verbands fernhalten und ein Teil Einheimische solchen folgt. Im Ruhrland sind von circa 800 Sandsteinarbeitern 270 organisiert. Hier am Orte gehören von 60 nur 30 dem Verbands an. Der Rest muß erst durch ausgiebige Agitation gewonnen werden. Dazu sind günstige Aussichten vorhanden. Daß man trotz der guten Konjunktur über die angebotenen Lohnsätze nicht hinauskommt, ist dem fürchterlichen Affordunwesen zuzuschreiben. Es hat einen solchen Umfang angenommen, wie es noch nicht am Orte vorhanden war. Sogar Nachtarbeit (18 bis 20 Stunden je Tag!) wurde geleistet. Solche Arbeitsmethoden ist speziell die Firma Wigmann von hier gewöhnt. An pünktliche Lohnzahlungen aber denkt sie am Lohnstag nicht. Oft müssen deren Arbeiter nach Arbeitschluss (4 Uhr) stundenlang auf die sauer verdienten Groschen warten. Aber meistens endet die Geduld so, daß sie statt des verdienten Lohnes nur ein paar Mark Abschlag bekommen. Den Rest verpricht man tags darauf zu zahlen. Leider werden die Kollegen oft sehr gefäulcht. In dem Betrieb arbeiten die Kollegen, die große Lohngehälter bei der Firma stehen haben. Der größte Teil der Belegschaft ist „wild“, nur wenige gehören unserem Verbands an. Der Unternehmer kann also nach seinem Gutdünken handeln! Zu bemerken ist noch, daß die Verbands einmütig über den Betrieb die Sperre mit dem heutigen Tage verhängt hat! Organisierte Kollegen meiden solange den Betrieb, bis an dieser Stelle berichtet wird. Lohnunterschiede sind auch bei der Firma Müller & Kasten zu verzeichnen. Letztere will den Affordak sitzen. Durch die Geschlossenheit der Kollegen wird diese Aktion seitens des Unternehmers nicht durchgeführt werden können. Auch das diktatorische Verhalten eines hiesigen Bruchmeisters wird gerügt. Derselbe entläßt die Hilfsarbeiter nach seinem Gutdünken. Stellt sie aber nach Belieben und Laune wieder ein. Die Belegschaft fasste jüngst nun einstimmig den Beschluß, die vierzehntägige Kündigung hochzuhalten und gegebenenfalls klagar vorzugehen. Sie gehört jetzt rechtlos dem Verbands an. Auf agitatorischem Gebiete sieht es am Orte und in den umliegenden Zahlstellen ungünstig aus. Die Werbemöglichkeit, die ein jeder Kollege hat, wird nicht in dem Maße ausgeübt wie es für den Verband notwendig ist. Die Diskussion war ausgiebig und sachlich. Kollege Schaffner weist darauf hin, daß es den Kollegen in den Betrieben noch sehr an Solidaritätsgefühl mangle, woraus gefolgert werden kann, daß in Zukunft mehr Bildungs- und Erziehungsarbeit innerhalb der Zahlstelle geleistet werden müsse. Es sei notwendig, durch zielklare, systematische und beharrliche Arbeit möglichst die Kollegen geistig zu heben. Kollege Linke, bitten, verlangt, daß in Zukunft mehr nach den Richtlinien des ADGB gehandelt wird. Alle in den Steinbrüchen und im Straßenbau beschäftigten Arbeiter gehören in den Steinarbeiterverband und in keine fremde Organisation. Damit müsse endlich reiner Tisch gemacht werden. Verschiedene Kollegen vom Bergarbeiterverband, die in der Steinindustrie beschäftigt sind, erklärten sich bereit, überzutreten und wollen auch dafür sorgen, daß ihre Kollegen ebenfalls dem Steinarbeiterverband beitreten.

Würzburg. Fortschritt und Rationalisierung will vielen Kollegen in unserem Mischsteingebiet nicht recht behagen. Sie möchten traditionsgemäß an alten Bräuchen und Lehren festhalten. Damit werden sie allerdings auf hart beißen. Wenn man sich die Statistik der Bezirks-Zahlstelle Würzburg aus dem Jahre der Gründung ansieht, so steht fest, daß der Mitgliederbestand sich verdoppelt hat, 800 zu 1600, und weiter ist zu konstatieren, daß eine fortschrittliche Bewegung platzgegriffen hat innerhalb weiter Kollegentreue. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn alle Kollegen sich den neuen Anforderungen etwas besser anpassen würden.

Nachdem im neuerstandenen Gewerkschaftshause weitere Räume frei wurden für Bureauzwecke, hat die Zahlstellenverwaltung auf Grund eines Konferenzbeschlusses und im Einvernehmen mit der in Würzburg ansässigen Gauleitung den Beschluß gefasst, zwei Räume zu mieten zur Unterbringung und gleichzeitiger Zusammenlegung der Gau- und Bezirksleitung. Es steht doch außer Zweifel, daß durch die Zusammenlegung beider Bureaus in erster Linie jenen Kollegen Vorteile entstehen, die bei Gau- oder Bezirksleitung irgendwelche Verbandsachen zu erledigen haben. Auch für die beiden Angestellten ist auf diese Weise bessere Verständnismöglichkeit gegeben, da es häufig vorkommt, daß einer der beiden Angestellten auswärts tätig ist und in diesem Falle von dem anwesenden Angestellten dringende Einläufe zur Erledigung gebracht werden können. In Anbetracht dieser Begründung erscheint jede von den Kollegen eingenommene Stellung gegen diese fortschrittliche Bestrebung, wenn man es so nennen darf, unverständlich, da alles für diese Angelegenheit Erforderliche bis dato ohne finanzielle Mehrbelastung der Kollegen abging. Es besteht nun die Meinung, daß der Bezirksleiter infolge des verdoppelten Mitgliederstandes, der vielen Inanspruchnahme auf Werkplätzen, Versammlungen, Sitzungen und Verhandlungen sehr überlastet und deshalb die schriftlichen und kaufmännischen Obliegenheiten nicht schnellstens und übersichtlich genug erledigen kann, eine Hilfskraft anzustellen. Wiederum ein Entrüstungsturm in den Kollegentreuen mit engem Horizont!

Kollegen! Bedenkt, wie unredlich eure Kritik an dieser fortschrittlichen Einstellung des Bezirkes ist. Wollt ihr, daß wir im Rabe der modernen Arbeiterbewegung eine veraltete, franke Speiche bleiben sollen? Andere Gewerkschaften haben prozentual nachweislich mehr Angestellte als der Steinarbeiterverband. Es besteht nicht die Absicht, eine Lønne zu brechen für Anstellungen. In erster Linie soll die Entlastung des Bezirkes- und Gauleiters, für den die Hilfskraft sowieso in Frage kommt, der Kollegenschaft zugute kommen insofern, daß letztere auch die Möglichkeit bietet, durch mehr Vorträge und Belehrungen den Geist der Kollegen aufzurichten und vorwärtszutreiben, was bei anderen Gewerkschaften zum Teil viel intensiver geschieht. Das Wirtschaftssystem mit all seinem Drum und Dran fordert eine fortwährende Anpassung. Genau wie es die Hände fertig bringen, dem Werkstück eine moderne Form zu geben, so müssen auch auf Grund der heutigen Zeitperiode die Ansichten moderner werden, um auf diese Weise „unseren Brüdern“ mehr Groschen besser bringen zu können. Wir können und wollen uns nicht als die immer Hinterrückbleibenden fühlen. Drum vorwärts im großen lebendigen Entwicklungstrom, der durch die ganze moderne Gewerkschaftsbewegung flutet im Interesse der Kollegen und des Steinarbeiterverbandes. H.K.

RUNDSCHAU

Versichertenvertreter werden übergangen. Nach § 120 e der Reichsgewerbeordnung können durch Anordnung der Landeszentralbehörden oder durch Polizeiverordnungen für Gewerbebetriebe gewisse Schutzvorschriften erlassen werden. Vor dem Erlasse solcher Anordnungen und Polizeiverordnungen ist den Vorständen der Berufsgenossenschaften Gelegenheit zu einer gutachtlichen Aeußerung zu geben. Für diese Begutachtung wird in der Reichsversicherungsordnung die Mitwirkung der Versichertenvertreter vorgeschrieben. Diese Vorschrift scheint bei den Berufsgenossenschaften außer Acht gelassen zu sein. Denn das Reichsversicherungsamt hat sich zu folgendem „Runderlaß“ an die gewerblichen Berufsgenossenschaften veranlaßt gesehen:

„Paragraf 853 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung schreibt die Mitwirkung der Versichertenvertreter bei der Begutachtung

polizeilicher Schutzvorschriften auf Grund des § 120 e Abs. 2 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vor. § 120 e der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich verweist auf § 113 Abs. 2, 4 und § 115 Abs. 4 Satz 1 des Gewerbe-Unfallversicherungsgegesetzes. An die Stelle dieser Paragrafen sind im Hinblick auf Artikel 104 des Einführungsgegesetzes zur Reichsversicherungsordnung § 853 Abs. 2, § 855, 864 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung getreten. Hiernach muß die gutachtliche Aeußerung des Genossenschafts- oder Sektionsvorstandes die Niederschrift über die Verhandlung des Vorstandes beigefügt werden. Aus dieser Niederschrift muß sich ergeben lassen, wie die Versichertenvertreter gestimmt haben; sie muß ferner ein Gutachten der Vorstände der beteiligten Sektionen enthalten. Es besteht Veranlassung, die Vorstände an die Beachtung dieser Vorschriften zu erinnern.“

Träger der Konjunktur ist der lebende Mensch! Es wird jetzt außerordentlich viel bezüglich der Wirtschaftsforschung getan. Namentlich bildet der Konjunkturverlauf immer wieder die Ursache gründlicher Untersuchungen. Nach der Rede Schmalenbachs ist man allgemein davon überzeugt, daß die fixen Kosten der Produktion infolge der Mechanisierung immer mehr anwachsen und deshalb die erste Stelle in der Wirtschaftsforschung verdienen. Demgegenüber gilt es hervorzuheben, daß nach wie vor der arbeitende und konsumierende Mensch als Träger von Wirtschaft und Konjunktur betrachtet werden muß. Es würde deshalb ebenso wichtig sein, sich einmal mit den fixen Kosten des lebenden Menschen, der arbeitet und verbraucht, zu beschäftigen. Besten Endes sind die fixen Kosten der Produktion nur ein Mittel, um die Konsumkraft der breiten Massen auszufüllen. Träger der Konjunktur ist die Massenkraft. Je weniger Kaufkraftüberfluß bleibt, desto weniger kann gekauft werden. Eine Uebersicht zeigt, daß der Teil der Produktion, der für den Inlandsmarkt bestimmt ist, immer größer wird. In allen Ländern ist eine starke Leistungssteigerung zu beobachten, die mit dem Bestreben nach verstärkter Warenausfuhr einhergeht. Wühin muß der Inlandsmarkt immer sorgfältiger gepflegt werden, um die überschüssigen Warenmengen aufnehmen zu können. Mehrproduktion ist heute kein Problem mehr, wohl aber, wie diese stetig steigende Menge der Produkte abgesetzt werden kann. Eine moderne Wirtschaftsforschung müßte zum Ziel haben, nicht in erster Linie die Produktionsgrundlagen, sondern die Absatzbedingungen zu erforschen. Das Resultat würde sein, daß immer breitere Schichten der Bevölkerung von der Stärkung der Kaufkraft überzeugt werden und dafür eintreten.

Die Kapitalversorgung der kleinen und mittleren Industrie. Nach längeren Verhandlungen ist die Zentralbank deutscher Industrie als besonderes Finanzierungsinstitut der mittleren und kleinen Industriebetriebe gegründet worden. Als Gründerfirmen treten auf: die Staatsbanken der deutschen Einzelstaaten und einige größere Privatbankhäuser. Man beabsichtigt mit diesem Institut, der kleinen und mittleren Industrie langfristige Kredite mit einer Laufzeit bis zu 20 Jahren zu geben. Die Tilgung soll in 40 Raten in Abständen von einem halben Jahr erfolgen. Das Aktienkapital ist vorläufig auf 17,5 Millionen Mark festgelegt. Bis zu dem zehnjährigen des Aktienbetrages kann fremdes Kapital aufgenommen werden. Somit würde die Bank in der Lage sein, Kredite bis zur Höhe von 192,5 Millionen Mark zu vermitteln. Die Höhe der Zinsen wird sich mit den Zinssätzen auf etwa 8 v. H. belaufen. Die Kreditnehmer müssen insgesamt mit 10 v. H. des Darlehensbetrages haften. Diese Haftung läuft ein Jahr nach der Rückzahlung des Kredits ab. Die Kredite sollen vorläufig in USA aufgenommen werden. Eine Reihe amerikanischer Großbanken hat sich zur Vermittlung von Kapital bereitgestellt. In anderen Ländern, vor allem in England und Holland, sollen später ebenfalls Bonds zur Zeichnung aufgelegt werden. Die kleine und mittlere Industrie ist in der deutschen Wirtschaft nicht unwichtig und können solche Versuche, sie mit Geld zu versorgen, nur begrüßt werden.

Verchiebung der Lohnzahlungstermine? Als Lohnzahlungstermine für die Arbeiterschaft gelten die letzten Tage in der Woche. Dies hat sich in der jahrelangen Praxis als unangenehm erwiesen. Professor Hirsch hat kürzlich in einem Zeitungsartikel den Vorschlag gemacht, die Lohnzahlungstermine der Industrie über die ganze Woche zu verteilen. Dies würde damit begründet, daß durch die regelmäßige Spende am Wochenende in den Handelsbetrieben eine kolossale Belastung hervorgerufen wird. Der gesamte Betriebsapparat, namentlich des Einzelhandels, erfährt dadurch eine hohe Beanspruchung an einzelnen Tagen, während in den Anfangstagen der Woche ein kostensteigernder Leerlauf zu verzeichnen ist. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels hat diesen Vorschlag aufgegriffen und will sich in nächster Zeit mit den in Frage kommenden Stellen in Verbindung setzen, um die Durchführung des Vorschlages zu erreichen. Auch von den Konsumvereinen dürfte dieser Vorschlag unterstützt werden. Es ist nicht zu leugnen, daß ein Kern von Berechtigung darin verborgen liegt. Demgegenüber ist aber darauf aufmerksam zu machen, daß wichtige Gebrauchsgegenstände in der Regel am arbeitsfreien Sonnabendnachmittag gekauft werden. Wird der Lohnzahlungstermin auf den Anfang der Woche gelegt, so kann es passieren, daß am Sonnabend oder Sonntag nichts mehr vorhanden ist. Daraus kann man der arbeitenden Bevölkerung keinen Vorwurf machen. Der Wochenlohn reicht in der Regel nicht her und nicht hin. Wenn ihn der Arbeiter ausbezahlt erhält, wird in der Regel das Notwendigste, namentlich an Nahrungsmitteln, sofort angeschafft. Dadurch bekommt die Kasse schon ein großes Loch. Was dann noch vorhanden ist, verteilt sich auf die einzelnen Tage und am Sonnabend oder Sonntag wäre bereits wieder Ebbe im Geldbeutel der Arbeiterfamilien. Diese Momente sind bei der Verwirklichung des Vorschlages nicht außer acht zu lassen. Sind die Einkommensverhältnisse erst einmal so, daß der Lohn nicht nur die nackten Bedürfnisse deckt, dann ließe sich auch über eine Verlegung der Lohnzahlungstermine reden. Trotzdem würden wir den Plan unterstützen, wenn nur irgendwie eine Möglichkeit dazu bestände.

Das Reichsarbeitsministerium 10 Jahre alt. Durch einen Erlass der Reichsbeauftragten wurde das Reichsarbeitsministerium am 4. Oktober 1918 gegründet. Verschiedene Arbeitsgebiete wurden vom Reichswirtschaftsamt getrennt und dem neuen Ministerium überwiesen. Das Aufgabengebiet des R.A.M. wurde immer größer. Die Fürsorge für Kriegsverletzte und Kriegsbeschädigte, die Reichspensionen, die Demobilisierungsvorschriften usw. kamen hinzu. Einen Ueberblick über die Tätigkeit des R.A.M. wird eine demnächst erscheinende Schrift „Deutsche Sozialpolitik 1918/28“ geben. Bisher waren 4 Arbeitsminister im Amt, und zwar: Bauer, Schlöcker, Brauns und zur Zeit Wissell. Die Unternehmer verlangen bekanntlich eine Auflösung des Reichsarbeitsministeriums und dessen Angliederung an das Reichswirtschaftsministerium. Die Arbeiterschaft wird dies nie und nimmer zugeben, weil dadurch die Sozialfürsorge ganz empfindlich leiden würde. Der derzeitige Reichswirtschaftsminister hat sich kürzlich ebenfalls gegen eine Vereinigung der beiden Ministerien gewandt, aber ein gedeiliches Zusammenarbeiten für notwendig gehalten. Die Leistungen des R.A.M. in den ersten 10 Jahren seines Bestehens können sich sehen lassen. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, das R.A.M. nicht nur zu erhalten, sondern immer weiter auszubauen.

BEKANNTMACHUNGEN DES ZENTRAL-VORSTANDES

Der Steinmehler Karl Rintaler, geb. 26. Januar 1885 zu Dorfprozelten, eingetretet am 16. September 1925, Mitgliedsnummer 54526, ist von Bremen abgereist, ohne als Hilfskassierer mit der Zahlstelle abzurechnen. Die Zahlstelle Bremen hat Anzeige erstattet. Alle Verbandsunterstützungen sind für Rintaler so lange gesperrt, bis er seinen Verpflichtungen der Hauptkasse und der Zahlstelle Bremen gegenüber nachgekommen ist.

BEKANNTMACHUNGEN DER ZAHLSTELLEN- U. GAULEITUNGEN:

Liebenwerda. Am 21. Oktober Versammlung in Herzburg 10% Uhr im bekannten Lokal. Jeder möchte zur Stelle sein. Halle, 4. Gau. Der Steinmehler Arbeiter Frahme, der vor einiger Zeit in Halle beschäftigt war, wird ersucht, seine Adresse dem Gauleiter Paul Göhre, Halle a. d. S., Weingarten 26, mitzuteilen. Göhre hat Geld für Frahme liegen.

Regensburg. Der Steinmehler Hans Rost, geb. 7. Juli 1907 zu Berned, wird ersucht, sein verpfändetes Mitgliedsbuch einzulösen.

Kamenz. Für den durch Feuersbrunst geschädigten Kollegen Paul Schneider in Schmerlich wurde folgende Unterstützung gegeben: Kamenz 284,75, Lübau 20, Beucha 30, Leutewitz 10, Meißen II 10, Rindisch 75, Häslich 40, Königshausen 100 Mark. Insgesamt 569,75 Mark. Allen Gubern besten Dank. J. A.: Emil Wenschner, Kassierer.

ADRESSEN-ÄNDERUNGEN

- Gau NW: Begejad. Kass.: Johann Windhorst, Osterholz-Scharmbeck, Heidkampstr. 9. — Segeberg. Vorf. u. Kass.: Joachim Lemitz, Oberbergstr.
- Gau: Schobergrund. Vorf.: Reinhold Schmerder. Kass.: Robert Walter. — Hagenau (Schlef.). Vorf.: Kurt Schmidt, R. Kirchr. 13. — Hindenburg. Vorf. u. Kass.: Joseph Daniel, Hindenburg-Zabbarze II, Schuckmannstr. 34.
- Gau: Lanter (Ergg.). Vorf.: Otto Schreyer, Köhnik (Ergg.), Bergstr. 37, pt. Kass.: Walter Bopel, Aue, Auerhammer 30a.
- Gau: Aachen. Vorf.: Max Capellmann, Bann 6. Kass.: Friedrich Scheins, Pontstr. 176.
- Gau: Würzburg. Bezirksbureau jetzt: Würzburg, Augustinerstraße 6, III (Gewerkschaftshaus). — Röhmbild. Kass.: Wilhelm Quabius, Hohegasse 21.

BRIEFKASTEN

D. S. Die Steinbildhauer haben durchweg die siebenstündige Arbeitszeit. Es gibt natürlich auch solche, die darüber hinaus arbeiten, die sind aber nicht maßgebend. Ein richtiggehender Steinbildhauer hält diese Arbeitszeit auch hoch, unbekümmert in welcher Umgebung er als Steinbildhauer tätig ist.

Die Redaktion bittet Zahlstellenvorstände und einzelne Kollegen um eventuelle Zulassung nachstehender „Steinarbeiter“:
 Jahrgang 1924: Nr. 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52.
 Jahrgang 1925: Nr. 2, 4, 7, 8, 11, 13, 20, 28, 31, 39, 40, 44, 47.
 Diese fehlenden Nummern werden sehr notwendig gebraucht, vielleicht sind hier oder dort noch Exemplare vorhanden. Im voraus Dank!

H. A. W. „Übungen mit Schreibmaschine“ eignen sich nicht zum Manuskript, weder für den Redakteur noch für den Seher. Das ist genau so unangenehm und ärgerlich, als wenn Du als Steinmehler einen Bollen oder Klamotte aufgebaut bekommst und nicht weißt, wo und wie beginnen. Doch abgesehen davon wirst Du schon die Maschine meistern lernen, dann sind Manuskripte gerne gesehen.

ANZEIGEN

Johann Heider

wo steckt du?
 Dich sucht dein Freund Alois Putz, Steinhauer in Tiefenstein (Amt Waldhsut)

Steinbruchschuhe, in bekannter Qualität, handgearbeitet, pro Paar Mark 14,75



Preisliste auf Anfrage. Herm. Wölbels Berufsschuhwerk, Bad Godesberg

DIREKTOR

Zur technischen Leitung eines größeren Marmorwerkes mit großem Bruchbetrieb u. Sägerei wird erfahrener Fachmann u. Organisator gesucht. Es wollen sich nur Herren melden, die über lange Erfahrung und Erfolg in Marmorwerken sich ausweisen können. — Offerten unter „Direktor“ befördert die Schriftleitung.

Emil Hohlfeldt, Dresden 6

Ritterstraße 2
 Fabrik und Versandhaus für Steinarbeiter-Berufskleidung. Preislisten und Muster gratis und franko. — Vertreter gesucht

Pflasterhämmer

aus bestem Schweißstahl
 Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
 Otto Teske, Berlin N 31, Brunnenstraße 82

GESTORBEN

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion)

In Würzburg am 25. September der Hilfsarbeiter Johann Konrad, 51 Jahre alt, 1/2 Jahr magentranke.

In Bonn am 30. September der Hilfsarbeiter Heint Manus, 28 Jahre alt, 8 Tage magentranke.

In Demitz-Thumitz am 3. Oktober der Pflastersteinmacher Franz Schindler, 63 Jahre alt, 1 1/2 Jahre nierenleidend.

In Lübau am 4. Oktober der Schleifer Gustav Schöps, 63 Jahre alt, Mittelohrvereiterung, 15 Monate krank.

In Hamburg am 4. Oktober der Steinmehler Wilhelm Reichert, 55 Jahre alt, Lungenentzündung, 7 Tage krank.

In Darmstadt am 10. Oktober der Steinmehler Valentin Thiel, 55 Jahre alt, Lungenkrank.

Ehrendem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Stebold, Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Der „neue Weg“ der englischen Gewerkschaften

F. K. Der diesjährige Kongress der britischen Gewerkschaften hat mit über 3 Millionen gegen 566 000 Stimmen beifollos, die Konferenzen mit den Unternehmern fortzusetzen. Das ist das förmliche Bekenntnis zu dem im vorigen Jahre vom Gewerkschaftsrat begonnenen Versuch, die industriellen und betrieblichen Streitfragen durch Verständigung mit den Unternehmern zu regeln.

Um den seltsamen Kurswechsel verstehen zu können, muß man das Ergebnis der bisherigen Politik wie den Stand der Gewerkschaftsbewegung und die Lage der englischen Industrie kennen.

Mit dem Kriegsende bemächtigte sich der englischen Gewerkschaftsbewegung, der so konservativen, eine sehr radikale Stimmung. Das Unternehmertum hatte, wie anderswo auch, seine während des Krieges gegebenen Versprechen vergessen, von der Wiebergemähr der in der Stunde der Not von den Gewerkschaftern aufgegebenen Rechte wollte es nichts wissen, und obendrein sank der Reallohn. Gegen das vielgestaltige Uebel gingen die Gewerkschaften mit Streiks vor. Daß sie etwas Nennenswertes eingebracht hätten, ließ sich nicht behaupten. Die Erwerbslosen nahmen zu, der Inhalt der Gewerkschaftskassen ab. Der Bolschewismus wurde Mode. Die Ratschläge von Moskau fanden offene Ohren. Das Uebel sei so schwer, daß es das schwerste Kampfmittel heiße. Der Generalstreik wurde, nachdem er einmal mißlungen, im Jahre 1926 erklärt. Ihm schloß sich der vielmonatige allgemeine Ausstand der Bergleute an. Aber selbst mit dem schwersten Kampfmittel war weiter nichts erreicht worden, als eine Vermehrung der Beschäftigungslosen und die völlige Ebbe in den Gewerkschaftskassen.

Da die radikale Politik das strikte Gegenteil von dem gebracht hatte, was ihre Lobhänger ihr zugesagt hatten, galt es, eine andere, eine bessere ausfindig zu machen. Der linke Flügel behauptete, man müsse eben die radikale Politik viel nachhaltiger verfolgen, um die üblen Wirkungen der Wirtschaftskrise zu meistern. Doch dagegen sprachen schon die andauernd starke Arbeitslosigkeit und die leeren Gewerkschaftskassen. Mit mehr als einer Million Beschäftigungslosen konnte an Streiks mit eiskaltem Erfolg nicht gedacht werden. Und alles spricht dafür, daß sich das Heer der Erwerbslosen eher vermehrt als vermindert. Zur Zeit sind mindestens 2 000 000 Bergleute vorhanden, die nicht mehr auf Beschäftigung rechnen können, und in den andern Industrien sind es deren ebensoviel. Die ganze Trostlosigkeit der Lage ist daran zu erkennen, daß einer der bestorganisierten Berufe, die Eisenbahner, sich gezwungen sahen, kampfslos in eine Lohnkürzung von 2,5 v. H. einzuwilligen.

Die Aussicht auf Entlastung des Arbeitsmarktes und damit auf gewerkschaftliche Erfolge ist vorderhand gering, selbst wenn sich der Niedergang der gewerkschaftlichen Mitgliederzahl ins Gegenteil kehrt. Die Aussichtslosigkeit entquillt vor allem dem folgenden: Die englischen Industriellen sehen sich durch ihre ausländischen Wettbewerber angetrieben, mit der Rationalisierung Ernst zu machen. Rationalisierung aber heißt Stilllegung von Fabriken und Kohlenzügen, Einführung von neuen Arbeitsweisen und Maschinen, Entlassung von Arbeitern oder Ersetzen gelernter Leute durch ungelernete. Einem dermaßen vielgestaltigen Wandel ist die englische Gewerkschaftsbewegung schon organisatorisch nicht gewachsen. Sie ist in mehr als tausend selbständige Verbände gespalten, von denen sehr viele als Tätigkeitsbereich nur eine Berufsgruppe oder nur einen Ort oder gar bloß einen Betrieb haben. Durch Stilllegung oder Standortwechsel von Fabriken wird einem Teil der Verbände der Boden unter den Füßen weggezogen. Noch

mehr. Den Kern der Gewerkschaftsbewegung bilden die gelernten Leute. Deren berufliche Tätigkeit ist durch alte Gewohnheit oder durch Arbeitsregeln umfriedigt und gesichert. Die Rationalisierung kehrt sich aber nicht mehr an die so gesicherte rechtmäßig zukommende Arbeit der gelernten Leute. Es kommen tagtäglich Maschinen und Arbeitsweisen, an die beim Festlegen der Regeln nicht einmal gedacht werden konnte. Es werden die Leute genommen, wo sie sich finden, und sie werden an die Tätigkeit gestellt, wo sie den höchsten Ertrag versprechen. Die Rationalisierung vernichtet die Vorrechte der gelernten Leute, des Kernes der Gewerkschaften. Daß dabei die Anhänglichkeit an die Gewerkschaft nicht wächst, ist einleuchtend.

Wie nun den Gefahren, die erst eigentlich begonnen haben, begegnen? Die Mehrheit der Gewerkschafter ist der richtigen Meinung, daß der tiefgehende Wandel der Technik, Rationalisierung genannt, weitergehen werde, ob man sich ihm widersetze oder nicht. Ihm widerstehen, müße zum Nachteil der Arbeiterschaft, besonders aber zum Schaden der gelernten Leute, der besten Gewerkschafter, ausschlagen. Darum sei es besser, sich mit dem Unternehmertum zu verständigen, um seinen Einfluß bei der Rationalisierung zugunsten der Arbeiter geltend zu machen. Die radikale Minderheit indes meint, man müsse den Kapitalismus in seinem Dalles allein lassen; er sei in einer dermaßen großen Schwierigkeit, daß er ohne die Hilfe der Arbeiterschaft zusammenbrechen werde. Für diesen Zusammenbruch müsse das Tun und Denken der Arbeiterschaft vorbereitet werden, damit sie dann die wirtschaftliche Leitung zu übernehmen vermöge.

Die Mehrheit der Gewerkschafter ist sich zwar auch der großen Schwierigkeit des englischen Kapitalismus bewußt, doch glaubt sie nicht an seinen baldigen Zusammenbruch; sie meint vielmehr, daß die Kräfte, die den Kapitalismus schwächen, auch die Gewerkschaftsbewegung schwächen. Die Rationalisierung brauche nicht bloß mehr Unternehmerprofit zu bedeuten, sondern könne auch bessere Löhne und schließlich mehr Arbeitsgelegenheit bringen — sofern die Gewerkschaften die Gelegenheit wahrnehmen, dabei mitzuwirken. Diese Gelegenheit kam mit dem Angebot des Leiters des Chemiestrastes, Alfred Mond, gemeinsam mit den Unternehmern zu beraten, wie man die Schwierigkeiten der Industrie meistern und die Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern regeln könne. Dieses Angebot hat der Gewerkschaftsrat (im November vorigen Jahres) angenommen und der Gewerkschaftskongress hat ihn zur Fortsetzung der gemeinsamen Beratungen ermächtigt.

Ueber das praktische Ergebnis der Beratungen kann man natürlich sehr geteilter Meinung sein. Es wird in hohem Maße davon abhängen, ob man die beiden maßgebenden Vereinigungen des britischen Unternehmertums, die bislang abseits stehen, dafür gewinnt. Selbst wenn dies der Fall wird, noch wenig Grund zu rosigem Hoffnung sein. Wenn trotzdem der Kongress die Fortsetzung mit so großer Mehrheit beschloß, so weil er von politischen Erwägungen mit bestimmt wurde.

Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß die Gewerkschaften in den Konferenzen ein probates Mittel sehen, Zeit zu gewinnen. Die Gewerkschaften sind der Meinung, daß die große Rückständigkeit des technischen Apparates und die fabelhafte Zerfahrenheit der Wirtschaft Englands nur durch eine gründliche Umgestaltung seines Kapitalismus möglich ist. Eine neue Ordnung ist unerlässlich; aber die heißt die kluge und tatkräftige Mitwirkung der Gesehgebung. Diese Notwendigkeit kann aber die jetzige konservative Regierung nicht erfüllen, wohl aber eine Arbeiterregierung. Mit deren baldigem Kommen wird weit über die Arbeiterwelt hinaus gerechnet. Der Sieg der Arbeiterpartei, das Kommen der Arbeiterregierung aber soll nicht durch Kämpfe, die nach dem Stande der wirtschaftlichen Dinge ja aussichtslos sind und die Gewerkschaften noch mehr schwächen, nicht geschahet werden. Wohl aber soll die Zeit bis dahin den Verhältnissen und Kräften entsprechend möglichst gut für die Arbeiterschaft genutzt werden. Daher die Konferenzen. Und es sprechen manche Zeichen dafür, daß der verständigungsbereite Teil der Unternehmer gleichfalls von politischen Erwägungen stark bestimmt wird. Auch er rechnet offenbar mit dem Kommen der Arbeiterregierung, und hierauf will er sich vorbereiten.

Das Wirtschaftssystem auf der Tagesordnung

So etwas gab es, vor ein bis zwei Jahrzehnten noch, eigentlich nur auf Tagungen von solchen Körperschaften, die dem Kapitalismus Fehde angesagt hatten und Verfechter der sozialistischen Wirtschaftsordnung waren, also auf Kongressen der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei. Das hat sich in den Nachkriegsjahren, wie manch anderes auch, gründlich geändert. Ein kurzer Rückblick auf die Themen, die auf den großen Wirtschaftstagungen zur Debatte standen, zeigt deutlich den eingetretenen Wandel. Das Wirtschaftssystem, meist in der Gegerüberstellung: Kapitalismus und Sozialismus, oder, wie man neuerdings öfter hört: Freie oder gebundene Wirtschaft, erfuhr im Tagungsjahr 1928 eine Beachtung, die uns aufhorchen lassen muß.

Die Privatwirtschaftler machten auf ihrer Tagung in Wien den Anfang mit der Erörterung über das Wirtschaftssystem. Prof. Schmalenbach aus Köln redete dort der gebundenen Wirtschaft das Wort. Auf dem sogenannten „Deutschen Bergmannstag“ (d. i. eine reine Arbeitgeberorganisation) fiel Bergassessor Dr. Brandt aus Dortmund, seines Zeichens Direktor des Deutschen Stahlwerks „Vereinigte Stahlwerke A.-G.“, die Aufgabe zu, Schmalenbachs Ausführungen zu widerlegen. Er tat das mit der „geistvollen“ Geste, was Schmalenbach festgestellt habe, sei nur eine Theorie gewesen. Auf dem „Internationalen Sozialistenkongress“, der Anfang August in Brüssel stattfand, referierten der Amerikaner Hillquit und der deutsche Vertreter Naphthali, die beide ihr Hauptaugenmerk den gewaltigen Wirtschaftsmonopolen, besonders soweit diese über die Grenzen eines einzelnen Landes hinausgehen, zuwandten und die Forderung erhoben, daß die sozialistische Arbeiterinternationale bei der neuen internationalen Organisation der Weltwirtschaft mitzuwirken habe. Auf dieser Sozialistenversammlung war das Thema, welche Wirtschaftsordnung heute herrscht, nicht Diskussionsgegenstand, sondern das Wort Kapitalis, daß der Liberalismus ausgespielt habe, nur eine Feststellung, auf Grund deren die Forderung zur Mitwirkung an der internationalwirtschaftlichen Schicksalsgestaltung erhoben wurde. Von derselben wirtschaftlichen Grundausgangspunkt ging der Kongress der freien Gewerkschafter in Hamburg aus. Er unterscheidet sich von der Internationalen Sozialistenversammlung in Brüssel nur dadurch, daß nicht mehr die grundsätzliche Forderung nach Mitbestimmung der Arbeitnehmer den Kernpunkt bildete, sondern deren praktische Verwirklichung. Als solche Maßnahmen wurden bekanntlich gefordert ein Kartellamt mit paritätischer Besetzung und weitgehenden Kontrollvollmachten über das Gebaren der Wirtschaftsmonopole, Erweiterung des Arbeitnehmereinflusses in den Kohlen- und Kali-gemeinwirtschaftskörperschaften durch Verstärkung des Arbeitnehmerelementes u. a. m. Wir sehen also, für die wirtschaftssozialistisch orientierte Arbeitnehmerschaft ist „freie oder gebundene Wirtschaft“ nicht mehr Diskussionsgegenstand, sondern die gebundene, durchorganisierte Wirtschaftsform ist für sie schon praktisches Operationsfeld.

Im Unternehmerlager merkt man ganz deutlich den Vormarsch der organisierten Wirtschaftsmacht der Arbeitnehmer. Durch Hervorheben des trafen antisozialen Arbeitgeberstandpunktes könnte dieser nur beschleunigt werden. Das haben kluge Unternehmerpersönlichkeiten recht bald erkannt. Sie bejahen deshalb den privatwirtschaftlichen Gedanken auch in seinen letzten Konsequenzen, um ihn annehmbarer erscheinen zu lassen. Hierzu gehören in erster Linie die klugen Vertreter des Bankkapitals. Auf dem Kölner Bankierstag tat das Jakob Goldschmidt, der Inhaber der Darmstädter und Nationalbank. Er legte nicht nur ein grundsätzliches Bekenntnis zur Privatwirtschaft ab, sondern folgerichtig daraus; daß es in Erkenntnis der Berechtigung des privaten Gewinnstrebens auch der Arbeitnehmerschaft grundsätzlich gestattet sein müsse, einen möglichst hohen Anteil am Wirtschaftsertrage zu erzielen. Er redete weiter einer richtigen und ausführlichen Ver-

Kohlentrimmer und „Rüberarbeiter“ in Wahrheit und Dichtung

(Nachdruck verboten.)

II.

Wenn in einem Ozeandampfer 18 Feuer zu unterhalten sind, dann hat des Personal zu tun. Gut, wenn einige dabei sind, die schon Trimmer waren. Die Arbeit schildert unser Gewährsmann so: Der Trimmer spudt in die Hände und stemmt sich in einen beladenen Kohlenwagen; seine Holzschuhe klappern eilig auf dem eisernen Boden. Für den andren Trimmer heißt es nun, mit schnellen, gleichmäßigen Bewegungen den Wagen voll Kohlen schütten. Der erste Trimmer kommt mit dem leeren Wagen zurück, wipft sich den strömenden Schweiß aus dem Gesicht, nimmt einen Schöpfloöffel voll Wasser aus dem Eimer mit einer Staubschicht, trinkt und verschwindet wieder polternd nach den Feuer Türen, die wie ein Ungeheuer glühen. Hier geschieht alles in Eile. Wie, wenn der Vorrat an Kohlen vor den Feueren alle wird. Noch herrscht in den Heizräumen dieser Dampfer das Faustrecht. Holzschuhe, Schaufeln und Lederriemen spornen die Arbeitskraft bis zum letzten Keßel, wenn nötig, gründlich an.

Durch eine einfache Organisation ist dafür gesorgt, daß jeder Trimmer im Rhythmus mitzuschuften muß. Der Oberheizer, ein junger, kräftiger Mann, der einzige Mensch mit einer Wulst auf dem Oberkörper, kommandiert nach der Uhr im Lederarmband „Aufwerfen“ und trommelt dazu mit einer kurzen Eisenstange eine Art Marsch auf dem Boden. Das Kommando wird aus den Heizräumen zurückgegeben. Die Feuer Türen fliegen krachend auf. Weißglühende Flammen schlagen aus den Keßeln. Nur fahren die Heizer mit langen Eisenstangen in die Glut und brechen die zusammengedackten Schlacken los. Die Stangen sind rotglühend, wenn die Heizer sie aus den Feueren zurückziehen. Das zuckende Licht der Feuerungen beleuchtet sechs nackte Rücken der Heizer, deren Schaufeln gleichzeitig knirschend in die Kohlen fahren. Fünf Schaufeln werden schnell und kraftvoll jedem der gierigen Feuer in den Rachen geworfen. Schnell sind die Türen zugeklappt. Dann kommt das zweite und dritte Feuer dran. Annähernd gleichzeitig fliegen die letzten Türen zu und die schweißtriefenden und schwer atmenden Männer springen unter die Windhugen. Der eifige Luftstrom der Ventilatoren tut wohl!

Das Arbeiten in solcher Atmosphäre ist darum so anstrengend, weil jeder für seine Feuerung zu sorgen hat. Da bleibt mitunter kaum Zeit zum Wassertrinken. Schnell wird das klüßende Schweißschweiß ausgeworfen. Dann trocknet man sich flüchtig das Gesicht ab, schwingt das Tuch wieder um den Nacken und fährt mit dem Kohlenwagen ab. Der Trimmer muß diesen mit größter Geschwindigkeit vollladen, sieht in den Staub bald schwarz wie ein Neger aus, und das Schweißwasser schwappelt in den Holzschuhen. Der Oberheizer brüllt „Abklaffen!“ und trommelt seinen Marsch. Die Heizer brechen mit langen Schürhaken große, funtensprühende Schlackenstücke los und ziehen sie aus den Feuerungen heraus. Vor den Keßeln entstehen glühende Haufen. Die schon so heiße Luft wird mit Rauchwolken erschwert. Kaum sind diese Männer noch im rotglühenden Qualm zu erkennen. Wer diese Tätigkeit zuerst kennenlernt, dem dringt der Rauch stehend in die Lungen. Das Schwindelgefühl aber muß bekämpft werden. Mag die Mattigkeit

vom endlosen Schwitzen noch so groß sein, hier herrscht nur der eine Gedanke: Kein leerer Wagen! Da kommt es wohl vor, daß in der Hitze das Gefühl fürschbarer Tobesangst die Brust zusammenpreßt und dem Trimmer die Sinne raubt. Er spürt noch einen schweren Stoß in die Kniekehlen, einen Schlag auf den Schädel, — dann umfängt ihn wohlthuend die Bewußtlosigkeit. Unterdessen verfußt der andere Trimmer seinen Wagen vorwärtszubringen. Der hagere Körper spannt die Muskeln zum äußersten. Alles Stöhnen hilft nichts. Der Wagen kann nicht vorwärts. Er sieht nach und findet vor den Rädern den verunglückten Trimmer, den er vorzerrt und unter die Lampe bringt. Während der Oberheizer den Bewußtlosen auf einen Kohlenhaufen legt, sauft der andere Trimmer nach dem Bunter; denn jetzt muß er rasend arbeiten, weil er ja den zweiten erlegen muß.

Ein Eimer Seewasser über den Kopf des Ohnmächtigen bringt diesen zum Bewußtsein. Im nassen Haar ist eine Beule und am linken Fuß läuft Blut von einer tiefen Schmarre am Knie. Das auf dem Schiff in solchen Situationen übliche Maß Alkohol aus der Flasche bringt den verunglückten Trimmer wieder auf die Beine. Schnell die Schaufel, kein Wort verlieren, ran an die Arbeit im Bunterloch! Zum Glück sind gerade große Kohlenstücke in Greifnähe. Schnell mit den Händen diese in den Wagen geworfen, so läßt sich der Zeitverlust wieder ausgleichen. Dann wechseln die Kohlenarbeiter; der, welcher bisher verladen hat, schiebt nun die Wagen vor die Kesselfeuer. Hier heißt es schnell ihn umklippen und jurid. Alles im Trab! Jede Sekunde ist kostbar. Alle drei Minuten wechseln die Kommandos: Aufwerfen — Abklaffen! —

Schlappmachen? — Darunter würden die anderen, die das Feuer zu halten haben, leiden. Dann kann man leicht unten Prügel und oben Schikanen jeder Art erleben, wenn man es an Kohlen fehlen läßt. Vom Heizer wird Dampf, vom Trimmer eben Kohlen verlangt. Außerdem muß ein Vorrat an Kohlen vor den Feueren liegen, wenn die Abholung eintrifft. Die Lungen der Trimmer arbeiten daher fliegend; sie rädeln von der Anstrengung, vom Staub und von der Hitze. Die Sehnen und Atern treten wie Stricke aus den Armen. Die Knie zittern.

Nun heißt es, die Feuer zu reinigen. Die Asche muß im Karren geholt werden. Polternd geht es mit dem Fahrzeug auf den Zwischenraum der Keßel los. Zwischen zwei Keßeln führt ein Gang. Hier, in dem engen, finsternen und entsetzlich heißen Raum schlägt dem Trimmer ein sengender Luftstrom entgegen. Hinter den vibrierenden Eisenwänden hört man das Arbeiten des Wassers und des Dampfes. Der Trimmer schließt die Augen und sauft mit seinem Wagen durch den Raum zwischen den Keßeln. Jetzt heißt es, die vor den Feueren liegenden glühenden Schlacken in die Wagen schaufeln. Der Heizer packt noch eine große flammende Schlackenplatte drauf und hilft anschieben. Nun: tief Atem geholt und dann mit Anstrengung aller Kräfte durch den mit Rauch geschwängerten Raum hindurch! Die Augen brennen. Die glühende Ladung versengt mit ihrer Glut Haar und Wimpern. Der Weg wird von dem Leuchten der Ladung erhellt. Drüben macht ein zischendes und brödelndes Brüllen des Schiffes aufhorchen. Mit Schaufeln werden die dunkelroten Schlacken und die heißen Aschenteile in das Bodenloch geworfen. Der Schlacken- und Aschenstrom gleitet durch den Schiffsboden in das Meer. Unten dreht sich ein Klüßelrad, welches die Schlacken zerhackt und sie so hinunterreißt, daß das Wasser nicht hindurch kann. Das aber heißt, daß die Schlacken nicht zu

groß sind, sonst gibt es ein Gewürge und eine starke Wasserfäule kommt heraus, die sich klaffend über die schaufelnden Kohlenarbeiter und zischenden Schlacken ergießt. Die tüßle Schlammfontäne tut den Leuten wohl. Aber ein starker eiserner Deckel schneidet sie schnell ab. Die Schaufeln ruhen und der Borarbeiter läßt durch einen Hebel das Rad so lange hin- und hergehen, bis hohles Säufen anzeigt, daß mit dem Auswerfen der Höllefeuerreste wieder begonnen werden kann. Der Kohlentrimmer kippt schnell seine Ladung um, nimmt noch einen Luftvorrat in seine Lungen, und zurück geht es vor die Feuer in Rauch und Qualm. Endlich kommt der letzte Wagen. Auch die Asche ist bewältigt. Die vier Stunden einer Wache sind um. Kein Wunder, wenn nach solcher Anstrengung der Trimmer ächzend und stöhnend aufs Deck klettert und hier den eisigen Luftstrom aufsucht, der die erwünschte Kühlung gibt.

Und nun zur Reinigung. Einige große Holzbottiche mit warmem Wasser stehen im Maschinenraum. Nackte Männer plätschern darin herum und reiben mit Lappen und Schmierseife die Drehschicht von den muskulösen Körpern, die mit den Malen der schweren Arbeit bedeckt sind. Gewiß, eigentlich rein wird niemand in dem dicken Schlammwasser, welches 20 Männern dient.

Dann geht es zum Essen. Ein früher verunglückter Trimmer mit lahmem Bein bringt auf großen Blechen Schmorartoffeln, übriggebliebenes Fleisch von der Tafel der Passagiere und zerlassene Butter. Die Verteilung des Fleisches unter den Trimmern ist streng gerech. Für manchen aber ist, zum mindestens an den ersten Tagen, die Arbeit so anstrengend, daß er beim Essen plötzlich einschläft. Je nach Neigung liegen nun die Kohlenarbeiter noch einige Zeit rauchend oder fartenpielend herum. Dann aber heißt es, die achtstündige Pause auszunutzen, um neue Kräfte für die schredliche Arbeit zu sammeln.

Vor der neuen Arbeit gibt es aus der Küche Kaffee, Brot und Margarine. Dann ein Griff nach den Schweißtüchern, und nun mit den schwarzgeränderten Augenlidern hinab in die Finsternis, die doch tatsächlich so ganz anders aussieht, als poetische Träumer wädhnen.

Aber vielleicht ist die Arbeit als Maschinist wenigstens annähernd so, wie mancher träumt? Im heißen Maschinenraum ist altes Del zwischen den glänzenden und saulenden Maschinen abzuwischen, neues in Rannen herbeizuholen und für gepuzte Armaturen zu sorgen. Alsdann muß im Wellentunnel aufgewischt werden. In der Hülle von Stahlblech leisten die Wellen ihre gigantische Arbeit. Am Ende, wo gewaltige Stoffbüchsen gegen die See abschließen, hört der Maschinist das wirbelnde Säufen der Schrauben draußen im Wasser durch die Kielplatten hindurch. Beängstigend wirkt der endlose und nur matterfleckte Tunnel, so daß der Maschinist eilt, um in den Maschinenraum zurückkehren zu können.

Auch die Arbeit am Bunker ist kein Kinderspiel. Hier schuften zwei Trimmer. Es kommt vor, daß die Kohlen in den bis zum Deck durchgehenden Bunker nicht nachströzen. Große Kohlenstücke führen leicht Verstopfungen herbei. Dann wird der Schieber hochgezogen und mit Eisenstangen tragen und stoßen die Trimmer gegen die Kohlen. So entflieht aber eine gefährliche Höhle, aus der bei entsprechender Größe dann plötzlich Laufende von Zentnern Feuerung herunterbrechen können. Dabei sind schon manchem Trimmer die Knochen zerklagen worden. Es gelingt, mit einer

Öffentlichung der Betriebsgewinne das Wort, da Gewinne und auch reichliche Gewinne zu erzielen eben ein wesentliches Merkmal der privatkapitalistischen Wirtschaft sei und sich der Unternehmer ihrer nicht zu schämen habe. Das sind gewiß mutige Konsequenzen, die Jakob Goldschmidt aus seiner wirtschaftlichen Grundeinstellung zog. Jedoch ergab der weitere Verlauf der Kölner Tagung, daß das wohl die Auffassung eines einzelnen, nicht aber des ganzen Bankiergewerbes ist. Denn der prominente Hamburger Bankfürst Warburg machte Goldschmidt in der Diskussion klar, daß man wohl grundsätzlich Privatwirtschaftler sein soll, aber die Gewinne richtig zu veröffentlichen, das sei zuviel verlangt. Vier Feinde stehen dem entgegen. Diese sind der Arbeitnehmer, der Aktionär, das Finanzamt und der Reparationsagent. Die Reihenfolge der Gegner ist schon vielsagend. Wir sind der größte Feind geordneter Publizität, der Reparationsagent der kleinste. Diese Feststellung läßt vielversprechende Schlüsse auf die Geisteshaltung der deutschen Bankiers zu. Die Gewerkschaften haben mit diesem starken Faktor im Wirtschaftsleben zu rechnen. Und sie werden auch mit einem grundsätzlichen Unternehmertum fertig werden, das offen zugibt, Gewinne zu verstecken.

Der Großhandel ließ auf seiner diesjährigen Tagung in München die Frage des Wirtschaftssystems unter dem Titel „Individualismus oder gebundene Wirtschaft?“ von Prof. Schumpeter behandeln. Dieser Gelehrte nennt das, was da emporkommt, eine private Planwirtschaft und möchte sie auch als solche erhalten wissen. Ob sich aber Staat und Arbeitnehmerschaft in jene privaten Plangebilde einschalten, ist eine Frage der gewerkschaftspolitischen Macht, die in Tagungsreferaten nicht entschieden werden kann.

Auf den Tagungen des Großhandels und der Banken wurde die Stellungnahme von ausgesprochenen Interessentverbänden dargelegt. Darüber hinaus haben auch sozialpolitische und juristische Vereinigungen das Wirtschaftssystem zur Debatte gestellt. Auf der Züricher Tagung des Vereins für Sozialpolitik hielt Prof. Sombart das diesbezügliche Referat, betitelt „Wandlungen des Kapitalismus“. Sombart ist als Theoretiker des Hochkapitalismus bekannt. Er sieht ihn gegenwärtig seinen Lebensabend durchlaufen und stellt fest, daß schon die Frühphase einer neuen Wirtschaftsordnung, der genossenschaftlich-sozialistischen, sei. Sombart faßt das Problem mehr von der Seite der Persönlichkeit an und kommt zu der Feststellung, daß der künftige „freie Unternehmer“ im Gegensatz zu seinem waghenden Vorfahren in der Hauptsache Verwaltungsmensch sein wird. Denn die alte Lehre des menschlichen Liberalismus existiert für ihn nur noch in der Theorie. Angebot und Nachfrage üben weder auf die Lohngestaltung, noch auf die Preisbildung eine entscheidende Wirkung aus. Heute bestimmen sich Löhne, Preise und Profite nach tariflichen Regelungen, nach staatlichen Bestimmungen und Kartellvereinbarungen. Sombart prophezeit dem System der Bindungen die Zukunft und bestärkt damit die Richtigkeit der freigewerkschaftlichen Wirtschaftsauffassung, die in diesem System das Arbeitnehmerelement seiner Bedeutung entsprechend an der Leitung und den Erträgen der Wirtschaft beteiligen will.

Der diesjährige Juristentag, den wir bereits in der Nr. 40 des „Steinbeizers“ in anderem Zusammenhang gewürdigt haben, hat auf seiner Salzburger Tagung das Problem staatlicher Kontrolle für mächtige Wirtschaftsorganisationen nicht mehr grundsätzlich zur Debatte gestellt. Nicht das Prinzip wurde erörtert, sondern Wege gesucht und Rechtsformulierungen vorgeschlagen. In der methodischen Behandlung ähnelt daher die Salzburger Juristentagung stark dem Gewerkschaftstages in Hamburg. Allerdings gehen die Vorschläge zu einer wirksamen Kontrolle der Wirtschaftsmonopole zwischen den Juristen und den Gewerkschaften weit auseinander. Aber, daß auch der Juristentag eine staatliche Beaufsichtigung der Kartelle und sonstigen Wirtschaftsmonopole für selbstverständlich hält, ist symptomatisch. Es wird hier nur eine rechtliche Formulierung eines tatsächlichen schon vorhandenen wirtschaftlichen Tatbestandes vorgenommen. Und dieser Tatbestand heißt: Die freie Konkurrenz, das wesentlichste Merkmal der privatkapitalistischen Wirtschaft, ist weitgehend ausgeschaltet. Somit ist das Programm der Juristen, ganz gleich, ob wir es billigen oder nicht, schon das juristische Programm für eine neue Wirtschaftsform.

Eine ausgesprochene Unternehmerrzeitung suchte vor einiger Zeit die Fülle von Erörterungen, die die Frage des Wirtschaftssystems jetzt erfahren hat, als eine Modeerscheinung hinzustellen. Das ist nun freilich eine Erklärung, die an Oberflächlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig läßt, und die nur einen Vorzug hat, nämlich denen zu gefallen, denen diese Erörterungen unangenehm sind.

langem, vom Heizer genommenen Stange durch einen kräftigen Stoß im Bunker Luft zu schaffen. Der zunächst herunterrollende große Kohlenblock zerpringt auf dem Boden und richtet die Trimmer arg zu. Doch sie erholen sich und achten der glücklicherweise nur abfallenden Schrammen nicht. Auch ein Loch im Kopf darf nicht tragisch genommen werden. Das Blut wird gleichgültig abgewischt.

Nur selten wird die Einförmigkeit der anstrengenden Arbeit durch ein Erlebnis unterbrochen. Humoristisch wirkt es auf das Personal, wenn z. B. am Sonntag ein englischer Missionar in den Heizraum kommt und dreimal Wehe ruft, als er den Teufelstrunk Wiskey von den Heizern und Trimmern zur Stärkung genossen sieht. Aber die Leute werden ungemütlich, wenn der fromme Mann ihnen die Flasche mit Alkohol fortnehmen will und sagen ihm, wenn er vorgibt, die Verlorenen in der Hölle zu suchen, daß zwar Bunker und Heizraum Höllen sind, daß es aber hier keine „Verlorenen“ gibt, und daß im übrigen die Maschinenräume eines Seedampfers eine zu ernste Angelegenheit sind, als daß man Luft zu solchem Zeitvertreib hätte. Feuerstein und Rauchwolken machen denn auch den Yankee-Missionar stutzig, so daß er die Flucht ergreift, als wenn der Teufel selbst hinter ihm her wäre.

Schwerer wird die Arbeit, wenn die Kohlen zu Ende gehen. Dann muß aus den Ecken das Feuerungsmaterial in die Öffnung der Mitte des Kohlenbunkers geschaukelt werden. Die Luft ist hier noch dicker als im Heizraum, weil sie ganz unbewegt ist. Auch hier erfordert die anstrengende Arbeit viel Schweiß, der sich mit dem Kohlenstaub als Schmutzschicht auf dem Körper absetzt. Da bietet der aus dem Loch aufsteigende frische Luftzug die einzige Möglichkeit zu erholendem Atmen, wenn nur die Arbeit nicht so drängen würde. Die Glühlampe spendet gerade genug Licht, um zu erkennen, wo die Kohlen hingeworfen sind. Wird nicht für genug Zufuhr gesorgt, dann melden Schläge von unten gegen die Bunkerwände, daß Feuerungsmangel unten herrscht. Die Trimmer schaukeln wie die Wilden, damit sie nicht später im Logis Bekanntschaft mit Holzschuhen und abgehärteten Füßen machen. Die Erklärung gibt Hege mit den Worten: „In der Seemannsordnung handeln 25 Paragraphen von den Rechten des Kapitäns und der Offiziere, sowie den Pflichten des Seemanns. Vom umgekehrten Verhältnis kein Wort!“

Das sind die Arbeitgeberkreise, die sich grundsätzlich gegen das Neue auch erkenntnistüchtig sperren. Für die Arbeitnehmerschaft ist die Tagesordnung der erwähnten Kongresse nur eine Bestätigung der Richtigkeit der von ihr stets in den Vordergrund gestellten Wirtschaftsauffassung, daß sich in der Struktur der derzeit kapitalistischen Wirtschaft dauernd Wandlungen vollziehen und diese in ihrer Tendenz auf ein neues Wirtschaftssystem weisen, das stark von sozialistischen Ideen beherrscht sein wird. F. Vgt.

Aus der Arbeitslosenversicherung

Nach § 99 Abs. 1 des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung darf nach Erschöpfung des Anspruchs auf die Arbeitslosenunterstützung eine neue Unterstützung erst dann wieder gewährt werden, wenn die Anwartschaftszeit vom neuem erfüllt ist. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die neue versicherungspflichtige Beschäftigung vor oder nach Erschöpfung des früheren Unterstützungsanspruchs ausgeübt worden ist. Aus der letzteren Vorschrift geht hervor, daß auch Zeiten versicherungspflichtiger Beschäftigung, die sich in den Bezug einer Arbeitslosenunterstützung hineinschieben und ihn unterbrechen, zur Anrechnung auf die Anwartschaftszeit für eine neue Arbeitslosenunterstützung an sich in Betracht kommen.

Diese Vorschrift ist zwar zunächst für die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung getroffen. Doch ist sie weiter auch entsprechend anzuwenden bei Berechnung der Anwartschaftszeit für die Krisenunterstützung.

Dies hat auch kürzlich der Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung mit folgendem Grundsatze ausgesprochen (grundl. Entsch. Nr. 3247): „Zeiten versicherungspflichtiger Beschäftigung, die in den Lauf einer Arbeitslosenunterstützung fallen, die Anwartschaft auf die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung noch nicht erfüllen, begründen einen Anspruch auf Krisenunterstützung unter den Voraussetzungen der Nr. 1 der Anordnung des Reichsarbeitsministers über Einführung der Krisenunterstützung für Arbeitslose vom 28. September 1927.“

Bezüglich der Krisenunterstützung hatte der Spruchsenat weiter die Streitfrage zu entscheiden, ob ein Arbeitsloser durch freiwillige Aufgabe des beim Eintritt der Arbeitslosigkeit vorhandenen gemeinsamen gemeinsamen Haushalts mit den Eltern nachträglich die Voraussetzungen für die Krisenunterstützung schaffen könne. Die Entscheidung (grundl. Entsch. Nr. 3248) erging zugunsten der Versicherten dahin:

„Ist Krisenunterstützung mit Rücksicht darauf versagt, daß Einkünfte von Angehörigen, die mit dem Arbeitslosen im gleichen Haushalt leben, nach Artikel 4, 5 der W.D. über Krisenunterstützung für Arbeitslose vom 28. September 1927 angerechnet werden, so sieht dieses Hindernis grundsätzlich nicht mehr entgegen, wenn nachträglich der gleiche Haushalt aufgegeben worden ist.“

Begründend wird ausgeführt, daß die gegenteilige Auffassung im Wortlaut des Gesetzes keine Stütze finde. Vielmehr ergebe die Wortfassung, daß auch hier die späteren Veränderungen zu berücksichtigen seien. Dahingestellt sein läßt es die Entscheidung nur, ob etwa eine Ausnahme in dem ganz besonderen Ausnahmefall gemacht werden kann, wenn unzweifelhaft nachgewiesen wird, daß die gemeinsame Wohnung nur aufgegeben ist, um die Krisenunterstützung zu erreichen und keine anderen sonstigen Gründe dabei mitgesprochen haben.

Arbeitslosenunterstützung nur auf Antrag.

Ein Versicherter hatte sich arbeitslos gemeldet. Als er seine Arbeitslosenunterstützung holen wollte, wurde ihm solche vorenthalten mit dem Einwand, er müsse erst einen entsprechenden Antrag stellen; erst von der Zeit der Antragstellung ab könne die Unterstützung beansprucht werden.

Die Sache kam zur Entscheidung an den Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung beim Reichsversicherungsamt. Dieser entschied: „Die Arbeitslosenunterstützung ist nur auf Antrag zu gewähren“ und führt dazu aus (Grundsätzliche Entscheidung Nr. 3259):

„§ 168 Abs. 1 Satz 1 WAWG. sagt: „Den Antrag auf Arbeitslosenunterstützung hat der Arbeitslose persönlich bei dem ArbA zu stellen.“ Weiter sagt § 172 Abs. 1: „Weber den Antrag auf Arbeitslosenunterstützung entscheidet der Vorsitzende des ArbA.“ Allerdings bestimmt also § 168 WAWG. zunächst nur, von wem und wo der Antrag auf Arbeitslosenunterstützung zu stellen ist. Daraus aber, daß nach § 172 Abs. 1 der Vorsitzende des ArbA. nur über einen „Antrag“ auf Arbeitslosenunterstützung ent-

scheidet, ergibt sich zwingend, daß die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung von der Stellung eines Antrages abhängig ist. Inwieweit andere Arten von Leistungen der Arbeitslosenversicherung ohne Antrag zu gewähren sind, kann hier dahingestellt bleiben. Inwieweit gilt sonach für die Arbeitslosenunterstützung der gleiche Grundsatz wie für die Leistungen auf dem Gebiete der Kranken-, Invaliden-, Angefallenen- und zum Teil auch der knappschaftlichen Versicherung (zu vgl. §§ 1545, 1551 Abs. 1, 1613 Abs. 1 W.D., 214 Abs. 1 W.G. und 191 Abs. 1 Satz 1 R.Kn.G.). Die Auffassung der Spruchsenat, daß ein besonderer Antrag auf Gewährung der Arbeitslosenunterstützung nicht erforderlich ist, ist demnach nicht gerechtfertigt.“

Dann läßt die Entscheidung aber ausdrücklich die Frage offen, ob die Arbeitslosenunterstützung — worauf es in der Sache doch eigentlich nur ankommt — erst von dem Tage ab zu gewähren ist, an dem der Antrag auf Arbeitslosenunterstützung gestellt ist, oder ob sich unter der Voraussetzung, daß ein Antrag auf Arbeitslosenunterstützung gestellt ist, gemäß § 110 WAWG. der Beginn der Arbeitslosenunterstützung nach dem Zeitpunkt der Arbeitslosmeldung richtet. Der Spruchsenat glaubte, sich der Beantwortung dieser Frage enthalten zu sollen, weil die Spruchsenat der Landesarbeitsamtes, von der die Sache zur grundsätzlichen Entscheidung an den Spruchsenat abgegeben worden war, die zur Entscheidung gestellte Rechtsfrage nur dahin formuliert hatte, ob die Arbeitslosenunterstützung „nur auf Antrag“ gewährt werde. Der Spruchsenat wird es ja aber wohl verständlich finden, wenn sowohl die Versicherten wie die Verwaltungs- und Spruchsenat in der Arbeitslosenversicherung durch solche Spruchsenat der höchsten Spruchinstanz nicht befriedigt werden. Solch tiffelnde Juristerei, wie sie sich hier in der „Entscheidung“ des Spruchsenats offenbart, sollte überhaupt nicht Platz finden in der Sozialversicherung.



„Tage der Technik“, der neue Jahrbuch der Arbeitslosenversicherung 1929 (8. Jahrgang) liegt jetzt vor. Preis 5 Mk. Verlag Otto Salle, Berlin W. 57, Eichenstr. 15. — Dieser Jahrbuch ist nicht nur ein Schatz des Heimes, sondern mit seinen Abbildungen und Text auf jedem Blatt eine gute Informationsquelle für alle technisch Interessierten; denn eine Fülle von Wissen ist auf diesen Blättern mit außerordentlichem Fleiß und Sammeltrieb zusammengetragen worden. Dem Jahrbuch ist die weiteste Verbreitung zu wünschen, weil er nicht etwa nur für Techniker in Frage kommt. Mit Rücksicht auf Ausstattung und Inhalt ist der Preis keineswegs als zu hoch zu bezeichnen.

Werbels Dasernde Gesetzesammlungen, Band Arbeitsrecht von Dr. Franz Goerzig, 976 Seiten Din 4 (Gesetzblattausg.), Preis in Heinenende 12,50 Mark. Verlag Friedrich W. Vogel in Leipzig, L. Hummelgasse 18.

Schon seit vielen Jahren hat sich das Bedürfnis gezeigt, die derzeit gültigen arbeitsrechtlichen Gesetze und Verordnungen in einer besonderen Sammlung zusammenzufassen, vergebens aber waren die Bemühungen der Herausgeber, durch fortgesetzte Neuauflagen — oft mehrere in einem Jahre — der Gesetzgebungstätigkeit zu folgen, vielfach waren schon bei der ersten Nachtrage und Berichtigungen erforderlich. Es ist deshalb ein entscheidender Fortschritt, daß der Verlag Vogel die vorliegende Sammlung als technisch wohlgeordnetes Gesetzesblatt herausgibt und die punktierte Fassung von Ergänzungstexten mit eintretenden Änderungen verprißt.

Größer noch ist das Verdienst des als Arbeitsrechtler bestens bekannten Herausgebers, denn es züflet, den in etwa 1200 Gesetzen und Verordnungen recht systematisch verarbeiteten Rechtsstoff zu ordnen und zu registrieren. In elf Sachkapitel ist das Material übersichtlich gegliedert, und zwar so, daß jedes Kapitel den gesamt einseitigen Rechtsstoff enthält, sei es in wörtlicher Wiedergabe, sei es durch Hinweis auf den Abdruck in einem anderen Kapitel. Bei ganz abgelegenen Gebieten sind wenigstens genaue Quellenangaben aufgenommen worden. — Die Anmerkungen erläutern den ganzen Werdegang der einzelnen Gesetze und Verordnungen. Drei sehr ausführliche Register (nach der Zeitfolge, nach Sachgruppen und nach dem Alphabet) erleichtern die Benutzung.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das vorliegende Werk einen be- grüßenswerten Grad von Vollständigkeit und Uebersichtlichkeit erreicht hat. In- ausdem der Preis mit Rücksicht auf den großen Umfang und den Dauerwert der Sammlung recht mäßig ist, können wir die Anschaffung nur empfehlen.

Das sozialistische Jahrbuch, Monatschrift für Religion des Sozialismus und sozialistische Kultur, Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hannover-Bosfeld, Heft Nr. 78. Preis vierteljährlich 60 Pfg. und 15 Pfg. Porto

Der Tracteur, französisch-deutsches Sprachlehr- und Unterhaltungsblatt. Wer sich sein böhmes Französisch reiten oder daselbe weiter ausbilden will, der greife nach dieser leicht, illustrativ und auch technisch vorzüglich ausgestatteten Zeitschrift. Probeheft kostenlos durch den Verlag des Tracteur in Le Chang-de-Fonds (Schweiz).

Die Gemeinwesen, Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag J. S. W. Diez Nachf., Berlin SW. 68. Bezugspreis monatlich 60 Pfg. In- bezuhen durch alle Buchhandlungen und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

Der Wahre Jakob ist zum Preise von 30 Pfg. pro Exemplar in allen Volksbuchhandlungen zu haben.

Wahre Reichsbannerzeitung, Erscheint wöchentlich. Fortschonment monatlich 90 Pfg. Postankosten und Verlag J. S. W. Diez, Berlin SW. 68, nehmen Bestellungen an.

Tracwelt, Halbmonatsschrift, Preis 30 Pfg., mit Schnittmusterbogen 40 Pfg. Verlag J. S. W. Diez Nachfolger, Berlin SW. 68. Bestellungen bei allen Postankosten und Buchhandlungen.

stürmischer See hin- und hergeschleudert. Die heißen Kesselwände reißen den Trimmern ganze Stücke Haut und Fleisch von den Fingern ab. Die Atmosphäre ist dicker, da der Sturm in die Windhuzen peift und den Qualm nicht herausläßt. Beim Schlacken- transport fallen im schaukelnden Dampfer Stüde herunter und verbrennen den Trimmern die Füße. Aber — mit Keuchen, Angstschweiß und Aufbietung aller Kräfte muß jeder seine Arbeit leisten.

Bei solchem Unwetter kommt es vor, daß die Trimmer, die aus den Bunkerreden die Kohlen lösen, wohl auch einmal in die Tiefe stürzen. Glücklicherweise, der dann mit nur oberflächlichen Verletzungen aus der Schieberöhre im Bunker herausgeholt wird. Es ist begreiflich, daß auf solchen Fahrten gelegentlich auch ein Verzweifelter über Bord geht. „Ich könnte Euch 50 Fälle erzählen; ich fahre 18 Jahre zur See!“ hörte Hege von einem alten Maschinisten sagen.

Die Nähe des Landes und den Rest des Dienstes meldet den Rüberarbeitern der Ruf des Oberheizers, daß weniger Kohlen nötig werden, weil nur noch halber Dampf erforderlich ist. So wird endlich der europäische Hafen erreicht. Mancher kann nur mit verbundenen Wunden die schwer erarbeiteten 2 Dollar in Empfang nehmen.

Aber, so wird vielleicht eingewendet werden, auf den Küsten- fahrten Amerikas, da seien die Verhältnisse besser. Gewiß, auch den Fahrten, die von den Seelenten charakteristisch „Seelentenfahrten“ genannt werden, liefert der Agent für einige Dollar genügend Menschenmaterial. Allerdings darf sich der Laie nicht durch den schönen Anstrich mancher dieser Boote täuschen lassen, denn „die Farbe ist vielleicht noch das einzige, was das Schiff zusammenhält“. So ein Bananendampfer fährt oft 20 und mehr Tage von Jamaika nach Baltimore. Erklärlich, daß Maschinen und Kessel abgenutzt sind. Man ist zufrieden, wenn man bei gutem Wetter 8 Seemeilen Geschwindigkeit erreicht. Aber bei schlechtem Wetter wird nur eine halbe Seemeile gefahren. Das Schiff torkelt dann wie ein betrunkenen Peger. Durch die Länge der Fahrt beginnen wohl auch die Bananen zu faulen; — nicht angenehm für die Befahrung. Ist nun der Kapitän noch ein Freund alkoholischer Getränke, so kann es passieren, daß er bei plötzlich schlechtem Wetter nicht nüchtern ist und den Kahn auf den Sand oder einen Felsen fährt. Natürlich hält ein alter Kahn dann nicht lange zusammen. Und schwimm- mend verliert sich die Befahrung, soweit sie beim Untergang am Leben blieb, zu retten. Wer also Küstenfahrten machen will, tut gut, sich vorher zum Dauerschwimmer auszubilden. Wenn auch die ringsumher schwimmender Bananen keinen Halt geben, so erwischt doch dieser oder jener Riffen oder Pflanzen, um sich daran fest- zuklamern. Wie Erlösung klingt es dann in die Ohren der mit dem Wasser kämpfenden, wenn sie das charakteristische Geräusch der Brandung hören. Die letzten Kräfte werden zusammenge- nommen, bis die Wogen endlich den Ermatteten an Land schleudern, wo er verbeult, zerkrummt und geschunden und doch beglückt über die Rettung des nackten Lebens landet. Damit wenigstens der Witwe des in der Trunkenheit im Wasser umgekommenen Kapitäns die Pension bleibt, sagen dann die Ueberlebenden vor dem Seeamt nichts von dem Alkoholenauß.

Wer in dem Goldlande Alaska, wo nachts die Schneefüße die Stiefel wegpressen, kein Glück hat, der kann auf dem Küsten- fahrer so leicht Schwimmlüftler werden. Versucht nun der Mann in anderer Weise in der neuen Welt sein Brot zu verdienen, so kann es ihm gehen wie Banzett, der in seinen Erinnerungen er-

zählt: Nach langem Suchen fand ich in Newport Arbeit als Geschirz- wäscher in einem Restaurant. Da Tag und Nacht geheizt wurde, war die Wärme unerträglich. Es gab kein Licht. Auf der Straße war es aber noch schlimmer. Die Arbeit konnte nicht mehr geleistet werden. Dann heißt es als Arbeitsloser unter freiem Himmel schlafen und aus den Abfällen der Stadt Kartoffeln und Nahrungs- mittel herauszufuchen. Treibt dann der Hunger aufs Land, dann kann der Tramp auch lange von Farm zu Farm wandern, denn nicht immer gibt es dort Beschäftigung. Bettele um Nahrungs- mittel geht die Wanderung vielleicht nach Connecticut, wo Beschäftigung als Grubenarbeiter winkt. Wer das dann nicht mehr aushält, wandert in die Großstadt zurück. Hier macht man die merkwürdige Entdeckung, daß man trotz allen Fleißes namentlich in der Hotelbranche immer noch verhältnismäßig kurzer Zeit wieder entlassen wird. Die Arbeit der Agenten! Je mehr Leute diese unterbringen, um so größer ist ja ihr Verdienst und daher der ewige Wechsel.

So erklärt es sich, daß viele nach trüben Erfahrungen auf Küstenfahrzeugen und Ueberseedampfern noch schließlich wieder auf Schiffen Rettung suchen. Dieser und jener versucht auch wohl mal auf einem Robbenfangschiff sein Heil. Wie hier die Zustände sind, das hat Jack London, einer der wenigen Menschen, der es später auf andere Weise zu Wohlstand brachte, so geschilbert: Ein Robben- fänger ist ein Segelschiff, auf dem es irrtümlich viel Arbeit gibt, und besonders dann, wenn es Fischfang oder Jagd betreibt. Hier lernt man den Geschwindigkeitslauf, also in zwei Stunden mehr zu schlafen, als andere Menschen in sechs. Wehe, wenn dann noch ein Taifun dazu kommt.

Nun wird die falsche Vorstellung von den Seefahrern und von dem, was „jenseits des großen Leids“ winkt, neuerdings noch dadurch genährt, daß Amerika als das Land des Reichtums in vielen Zeitungen der neuen Welt und als Echo daraus dann auch in europäischen Zeitungen und Zeitschriften hingestellt wird. Der Satz: In den Vereinigten Staaten wird vierzigmal so viel Maschinen- kraft als Menschenkraft verbraucht, ist an sich nicht zu beanstanden. Nur die daran geknüpfte Schlussfolgerung, „das ist der Grund für Amerikas Reichtum“, ist gerade für harmlose Leser so irreführend. Ein Deutscher, Hugo Cramer, der in der letzten Zeit zwei Jahre in dem amerikanischen „Kanaan“ gelebt und gearbeitet hat, be- richtet klagend: Wir hören wohl von den vielen Arbeitsmöglich- keiten in der neuen Welt, aber nichts von den zahllosen Arbeits- losen. Wir staunen, daß der amerikanische Arbeiter im eigenen Auto zur Fabrik fährt, nur 8 Stunden arbeitet und sein eigenes Hauschen besitzt. Aber von den Millionen, die in den unglücklichsten Verhältnissen leben und kaum so viel verdienen, um den Hunger zu stillen, wie von denen, die — gejagt vom Dollar — keinen Sonn- tag mehr kennen, hört man weniger. Auch wird nichts von den Land- und Häuserfirmen berichtet, denen in der Tat größtenteils die Häuschen der Arbeiter gehören. Denn, mit eintretender Ar- beitslosigkeit tritt gleich das Schreckgespenst der Abzahlungs- pflicht auf. Auch die Wohnviertel in den Städten, in denen Menschen in den verwahrlosten Mietkasernen zusammengepfercht haben und die Kinder auf der Straße im Unrat spielen, — davon wird viel zu wenig geschrieben.

Und so kommt es vor, daß nach mehr oder minder langer Zeit zahllose Rüberarbeiter wieder im Hafen stehen und beinahe all- lüchlich sind, wenn sie nun als Jurikarbeiter trotz der ihnen bekann- ten Anstrengungen und Qualen die Mäßigkeit haben, in die Heimat zu kommen. W. M a z G r e m p e, Berlin-Friedenau.